

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Geschäftsleiter:
Gerd Heringhaus, Berlin.
Telefon: Axel Platz 4000/4200



Redaktion für Druck und Gestaltung:
Berlin G.M.B.H., Tele. Wilhelm-Platz 6
Telefon: Geyditz

Die Zeitung wird im Geyditz-Verlag
Dr. Geyditz & Co. am 1. Januar 1933
an den Abonnenten, wenn nicht anders bestimmt, in Geyditz-Verlag für alle Teile & Teile

Berlin, den 7. Dez. 1932.

999. Geschiedentia
Amsterdam

Krach im Reichstag.

Nazis und Kommunisten prügeln sich blutig.

SPD. Am Dienstag haben Nazis und Kommunisten im Reichstag gemeinsam die sofortige Haftentlassung von faschistischen Totschlägern, Revolververschützen und Bombenlegern beschlossen. Am Mittwoch vormittag haben sie engste Tuchföhlung zur Verabschiedung eines Amnestiegesetzes genommen. Am Mittwoch nachmittag aber haben sie sich nach Kräften und mit einer Hingabe verhauen, dass die Fetzen flogen. Erfreulicherweise diesmal ausserhalb des Sitzungssaales auf Treppen und in Wandelgängen, sodass die Vorliebe für ausserparlamentarische Kämpfe auf ihre Kosten kam.

Der Krieg aus tiefstem gegenseitigen Frieden entwickelte sich so: Der Reichstag verhandelte den von den Nationalsozialisten eingebrachten Gesetzentwurf zur Stellvertretung des Reichspräsidenten. Die Antragsteller schwiegen. Dafür redete der Kommunist Schneller umso lauter und deutlicher. Er nannte den alten Hindenburg den Präsidenten des Staatsstreichs, der Ausbeutung des arbeitenden Volkes und der Ausführung des Versailler Schandvertrages. Vizepräsident Esser erwiderte mit drei Ordnungsrufen und entzog dem Redner schliesslich das Wort. Wildes Niedergebrüll der Kommunisten. Auf einer Tribüne stimmte ein kommunistischer preussischer Landtagsabgeordneter wiederholt in die Niederrufe ein. Ein Diener versuchte ihn pflichtgemäss zu entfernen. Aber er ging nicht. Nationalsozialistische Tribünenbesucher griffen daraufhin ein und drängten den Niederrufer hinaus. Nun eilten kommunistische Abgeordnete zur Hilfe auf die Tribüne. Uniformierte SA-Abgeordnete stürmten zum Gegenstoss herauf. Vizepräsident Esser unterbrach die Sitzung. Der Kommunist Hörnle kam nach einigen Minuten mit blutendem Kopfe in den Sitzungssaal zurück. Man hörte dass draussen eine wilde nationalsozialistisch-kommunistische Schlägerei im Gange sei. Spucknäpfe wurden geworfen. Telefonapparate wurden geschleudert. Mit Messingstangen wurde gehauen. Schwere Tische gingen in Trümmer. Dennoch scheinen edlere Teile auf beiden Fronten der Heerscharen nicht verletzt worden zu sein. Der Ältestenausschuss trat bald nach den Zwischenfällen zur Beratung der Vorfälle zusammen.

Die so jäh aufgeflogene Sitzung hatte mit einer niedlichen Blamage der verkrachten Harzburger begonnen. Die Schriftführerwahl ergab nämlich, dass die Nazis mit anderen boshaften Abgeordneten den grossen Parteidiktator und nächst Hitler gewaltigsten Erneuerer Deutschlands, Herrn Alfred Hugenberg, zum Schriftführer wider Willen gewählt hatten. Eine parlamentarische Rache der Nazis. Sie hatten die Wahl eines deutschnationalen Vizepräsidenten verhindert und verspotteten nun den grössenwahnsinnigen Parteiführer der Deutschenationalen, indem sie ihm das bescheidenste Ämtchen im Reichstagsvorstand überwiesen. Grosses Gelächter im Hause. Gleich darauf aber waren die Nazis die viel schlimmer Blamierten. Die amtliche Nachprüfung der Ergebnisse der

Präsidentenwahl hatte ergeben, dass statt des Volksparteilers Dr. Hugo trotz gemeinsamen Bemühungen der Nationalsozialisten und der Kommunisten Paul Löbe mit einer Stimme Mehrheit zum Vizepräsidenten gewählt worden war. Die nationalsozialistischen Schriftführer hatten sich verzählt. Die Reichstagsbeamten hatten amtlich das richtige Wahlergebnis ermittelt. Lange Gesichter bei den Nationalsozialisten. Das längste Gesicht bei dem nationalsozialistischen Reichstagspräsidenten Göring, der sich schon wieder als Führer eines marxistenreinen Präsidiums hatte feiern lassen. Der nationalsozialistische Abgeordnete Dr. Frick verdächtigte nun von der Tribüne des Reichstages Beamte des Hauses der Unzuverlässigkeit und etliche seiner Fraktionskollegen riefen von Schiebung. Frick verlangte Wiederholung der Vizepräsidentenwahl. Dittmann antwortete ihm, dass die von den Schriftführern vorgenommene Zählung der Stimmen stets nur als vorläufiges Ergebnis mitgeteilt wurde. Die amtliche Nachprüfung bringe das gültige Endergebnis. Darum brauche die Wahl nicht wiederholt zu werden. Frick beantragte nun, dass das Haus in namentlicher Abstimmung entscheide, ob sein Antrag auf Wiederholung der Vizepräsidentenwahl zulässig sei. Das Ergebnis war eine schwere Niederlage der Nationalsozialisten und ihres Präsidenten. Mit 289 gegen 201 Stimmen bei 58 Enthaltungen der Deutschnationalen entschied das Haus, dass der Fricksche Antrag nicht zulässig sei. Mithin ist Löbe einer der Vizepräsidenten des Reichstages. Nach diesem Reinfall fragte Präsident Göring den Abgeordneten Löbe, ob er die Wahl annimmt. Löbe sagte, er hätte gestern Zweifel gehabt, ob er bei der ganzen Sachlage die Wahl annehmen soll. Durch die Bemühungen des Herrn Frick sei aber nun durch eine grosse Mehrheit des Reichstages die Wahl so unzweifelhaft als richtig festgestellt worden, dass er sein Amt mit Dank annehme. Die grosse Mehrheit des Hauses quittierte den Löbeschen Humor mit freudiger Heiterkeit. Betreten sassen die Nationalsozialisten da. Präsident Göring war so verdattert, dass er sofort seinen Stuhl verliess und den Vizepräsidenten Esser mit seiner Vertretung für die nächsten Stunden beauftragte.

Um 16 Uhr eröffnete Vizepräsident Esser die Sitzung wieder und teilte mit, dass der Reichstagspräsident die bedauerlichen Vorgänge untersuchen werde. Inzwischen hatte sich herumgesprochen, dass die Kommunisten von den Nazis jämmerlich verhauen und die Treppe heruntergeworfen worden waren. Die kommunistische Fraktion hatte die wenigen Mitglieder, die auf die Tribüne heraufgestürzt waren, jämmerlich im Stich gelassen. Nachdem die Kommunisten durch ihr Geschrei von den Tribünen den Zwischenfall verursacht hatten, haben sie ihre eigenen Fraktionskollegen dem Schicksal überlassen, von einer überlegenen Nazimacht verprügelt zu werden.

Die Beratungen wurden mit einer Rede des deutschnationalen Abgeordneten von Freytagh-Loringhoven fortgesetzt, der lebhafte Bedenken dagegen erhob, dass man einen unpolitischen Beamten wie den Reichsgerichtspräsidenten mit der Vertretung des Reichstagspräsidenten betrauen wolle. Er bezeichnete den nationalsozialistischen Antrag als eine Ueberspannung des demokratischen Gedankens. Er liege auf der Linie demokratischer Entwicklung, die der nationalsozialistische Reichstagspräsident beschritten habe.

Der sozialdemokratische Sprecher Dr. Breitscheid stellte fest, dass die Nationalsozialisten ihren eigenen Antrag nicht begründen. Man dürfe annehmen, dass sie mit diesem Gesetzentwurf ein Hindernis für die Erlangung des Reichskanzlerpostens durch einen Nationalsozialisten beseitigen wollten. Hindenburg habe ja u.a. einen nationalsozialistischen Kanzler nicht berufen, weil im Falle des Todes oder der Behinderung des jetzigen Reichspräsidenten dem nationalsozialistischen Reichskanzler der Oberbefehl über die Reichswehr und die Ernennung und Entlassung von Offizieren und Beamten zufalle. Die Sozialdemokratie habe natürlich andere Gründe, wenn sie für den Gesetzentwurf stimme. Für sie komme in Betracht, endlich einmal eine Dauerregelung zu schaffen, wie sie auf die verschiedenste Art in anderen Republiken vorhanden

sein. Untragbar sei der deutschnationale Vorschlag, dass der Reichspräsident selbst seinen Stellvertreter ernennen könne. Dadurch würde ermöglicht, dass ein Reichspräsident etwa den früheren Kronprinzen oder einen anderen Thronprätendenten als Reichsverweser einsetzte. Gerade um solche Treibereien zu verhindern, stimme die Sozialdemokratie für die gesetzliche Regelung der Stellvertretung.

Der deutschnationale Antrag wurde abgelehnt, der nationalsozialistische Gesetzentwurf wurde in zwei Lesungen angenommen. Gegen die sofortige Vornahme der dritten Lesung erhoben die Kommunisten Widerspruch. Das Haus trat dann in die Beratung der zahlreichen Anträge ein, die zur Abänderung oder Aufhebung von Notverordnungen der früheren Regierung gestellt sind. Die Kommunisten beantragten mit Unterstützung der Sozialdemokratie die Herbeirufung des Reichskanzlers. Der Antrag wurde aber mit den Stimmen aller übrigen Parteien abgelehnt. Die Nationalsozialisten sind also vollkommen in die Schleicher-Front eingerückt. Die Tolerierung des Reichskanzlers von Schleicher durch die Nationalsozialisten beginnt, während draussen noch die nationalsozialistische Presse ihr Geheul gegen "Primerio de Schleichero" fortsetzt. Unter zahlreichen vorliegenden Anträgen fordert die Sozialdemokratie u.a. die Aufhebung der Notverordnung vom 14. Juni über Arbeitslosenhilfe, Sozialversicherung und Wohlfahrtslasten. Im Falle der Ablehnung dieses Antrags soll nach einem Eventualantrag die Winterbeihilfe erweitert werden. Ferner liegt ein sozialdemokratischer Gesetzentwurf vor, der die Unterstützungssätze und Sozialrenten wieder auf den Stand vor der Notverordnung vom 14. Juni 1932 bringen will. In einem weiteren Gesetzentwurf wird eine Winterhilfe für alle Empfänger von öffentlichen Unterstützungen und Renten verlangt.

Der verdiente Sozialpolitiker und Führer der Arbeitsinvaliden Karsten begründete diese Anträge. Er stellte fest, dass mit jeder Minderung der demokratischen Rechte und mit jeder Vermehrung der Diktaturparteien im Reichstag auch die sozialpolitischen Rechte mehr eingeschränkt worden seien. Der Reichst brauche eine arbeitsfähige Mehrheit. Weder Nationalsozialisten noch Kommunisten könnten positiv etwas erreichen. Es sei kennzeichnend, dass die Sozialdemokratie einen Volksentscheid gegen die Papen-Notverordnungen betrieben habe, während die Kommunisten ihr Vertrauen auf das jetzige Parlament gesetzt hätten. Als die Kommunisten rufen: "Streik! Streik!" antwortet ihnen Karsten, ob denn etwa Invaliden- und Altersrentner, die Kriegsbeschädigten und Sozialrentner streiken sollten, indem sie sich weigern, ihre paar Pfennige Unterstützung entgegenzunehmen. Die Kommunisten hätten gejubelt, als Hermann Müller gestürzt wurde. Sie seien verantwortlich für alles, was nachher geschehen sei. Karsten verlangte Brot, Fleisch und warme Stuben als mindeste Leistung für die Masse der verelendeten Bevölkerung.

Nach ihm sprach ein früherer Kommunist und Rot-Front-Kämpfer Börger, der jetzt seine kommunistischen Reden für die Nationalsozialisten hält. Sehr betreten hörten die zahlreichen Vertreter besitzender Schichten das Poltern ihres kommunistelnden Parteigenossen auf der Reichstagstribüne an. Auf Beifall konnte Börger bei seinen eigenen Parteigenossen nicht rechnen, trotzdem er die Kommunisten durch Kraftworte und radikal soziale Forderungen zu überbieten suchte.

Den Konkurrenzkampf zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten setzte dann Herr Pieck von den Kommunisten fort. Offensichtlich wusste er vom Inhalt der vielen Anträge nichts, denn der Hauptteil seiner Rede war eine Beschäftigung mit dem Berliner Verkehrsarbeiterstreik. Die Kommunisten werfen der SPD Verrat vor, dafür aber erheben die Nationalsozialisten den gleichen Vorwurf gegen die Kommunisten. Pieck verkündete selbstverständlich die Weltrevolution. Aber wer heute erlebt hat, wie vorsichtig sich die kommunistischen Abgeordneten von einer gewaltsamen Auseinandersetzung mit den Nationalsozialisten drückten, der wird an den kommunistischen Aufstand, soweit die Führer in

Betracht kommen, nicht recht glauben.

Der deutschnationale Abgeordnete Dr. Schmitt machte die neuste Feststellung, dass die Deutschnationalen zuerst für soziale Erleichterungen eingetreten seien. Ausgerechnet die getreuste Papen-Partei. Während seiner Rede titulierte Deutschnationale und Nationalsozialisten sich gegenseitig Affen.

Gegen 7 $\frac{1}{2}$ Uhr wurde die Aussprache auf Freitag vertagt. Der Donnerstag bleibt als katholischer Feiertag sitzungsfrei. Die Amnestieanträge wurden dem Rechtsausschuss überwiesen, der am Donnerstag in die Beratung dieser Vorlagen eintreten wird. Zum Abschluss der Sitzung machte Vizepräsident Esser unter grosser Heiterkeit des Hauses die Mitteilung, dass Hugenberg auf den Schriftführerposten verzichtet hat. Hugenberg schrieb dem Reichstagspräsidenten, er verdanke seine Wahl anscheinend einer braun-schwarz-roten Mehrheit und glaube das Vertrauen einer solchen Mehrheit nicht rechtfertigen zu könne. Immerhin sei ihm das Zusammenwirken einer solchen Mehrheit interessant. - Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr.

SPD. Kattowitz, 7. Dezember (Eig. Draht)

Im Kreise Pless in Oberschlesien kam es am Mittwoch mehrmals zu ernststen Zusammenstössen zwischen Fuhrleuten und der Polizei. Zwei Polizeibeamte wurden erheblich verletzt. 39 mit Kohle beladene Fuhrwerke wurden beschlagnahmt. Gegen sämtliche an den Ausschreitungen beteiligte Fuhrleute ist Anzeige erstattet worden.

Die Fuhrleute waren mit dem Abtransport von "Bieda-Kohle" beschäftigt, die von arbeitslosen Bergleuten in den sogenannten Notschächten gefördert wird. Als die Polizei die Abfuhr der Kohle verhindern sollte, gingen die äusserste erregten Fuhrleute tätlich gegen die Beamten vor. Am Nachmittag wurden starke Polizeibereitschaften, die den Kohlenabbau in den Elendsschächten durch hungernde Kumpels überwachen sollen, eingesetzt. Weitere Unruhen werden befürchtet.

SPD. Darmstadt, 7. Dezember (Eig. Draht)

Ein volksparteilicher Antrag, nach dem die hessische geschäftsführende Regierung nach einer gewissen Zeit automatisch durch eine Beamtenregierung abgelöst werden soll, wurde im Gesetzgebungsausschuss des hessischen Landtages mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und des Zentrums abgelehnt. Der Zweck des Antrags war, die Regierung durch eine solche des Präsidenten des Oberlandesgerichts oder des Verwaltungsgerichts zu ersetzen.

SPD. Helsingfors, 7. Dez. (Eig. Draht)

Die fünf der Agrarpartei angehörenden Minister sind am Mittwoch zurückgetreten. Ihr Austritt aus der Regierung erfolgte auf Grund finanzpolitischer Differenzen mit dem Staatspräsidenten und den übrigen Mitgliedern des Kabinetts.

SPD. Stuttgart, 7. Dezember (Eig. Dr.)

Es gärt und brodet bei den Jüngern des Dritten Reichs. Sie müssen zu lange auf die Erfüllung der ihnen gemachten Versprechungen auf persönliche Karriere warten. Daher maulen sie und werden dafür von ihren Führern "Schwatzsüchtige Weiber" und ein "uneiniger Haufen" genannt. Ein Beweis für diese innere Zersetzung ist ein Rundschreiben des Sturmbannführers Kaufmann in Urach im Schwarzwald, in dem es u.a. heisst:

"Die ewigen Stänkereien, die Jagd nach Sternen und persönliche Differenzen sind schuld daran, dass es bei Euch nicht recht vorwärts gehen will. Dazu kommen einzelne Missgriffe in der Führerbesetzung. Denkt daran: wir brauchen Männer und keine schwatzsüchtigen Weiber! Nur dann können wir allen uns noch bevorstehenden Aufgaben gerecht werden. Was soll unser Führer mit einem in sich uneinigen Haufen anfangen? Zum Teufel! Ihr seid doch dieselben Kerle, wie irgendwo anders auch. Nur scheint Ihr über kleinliche Dinge noch nicht hinauszukommen. Nicht der oder die Sterne zeugen vom Wert des SA-Mannes, sondern seine Taten. Wir alle, ob wir nun vier oder keinen Stern tragen, sind doch nur ein ganz winziger Teil der ganzen Bewegung, die unser Führer aus nichts geschaffen hat und wir alle müssen erst noch die Feuerprobe bestehen. Geht in Euch und besinnt Euch einmal, ob ich nicht recht habe, wenn ich behaupte, dass bei etwas gutem Willen der Sturm 34/125 innerhalb kürzester Zeit als der innerlichst gefestigste im Sturmbann dastehen kann, auch die Möglichkeiten zur zahlenmässigen Vergrösserung sind unbegrenzt. Ihr seid heute auf dem Papier noch (!) etwa 35 Mann. Euer Ziel muss sein: Weg mit allen Stänkereien, Zank und Streit, Kameradschaft innerhalb des ganzen Sturmes. Bis zum 1. November zählt der Sturm 34/125 mindestens 60 Mann. Wenn sich dies jeder einzelne vornimmt, muss es gelingen. Denkt einmal daran, was uns noch alles bevorstehen kann und wie nötig es dann sein kann, wenn man als Kamerad sich auf die Kameraden verlassen kann. All die Streitereien sind doch so klein gegenüber dem grossen, um das es geht! Um Deutschlands innere und äussere Befreiung. Ich hoffe, dass dieser Brief nicht ungehört verhallt, damit ich dem Oberführer bald melden kann: "Sturm 34/125 ist mien bester!" In diesem Sinne "Sieg Heil"."

Das "Dritte Reich" Hitlers werden wir noch erleben. Wie es in ihm aussehen würde, zeigt der vorstehende Sturmbann-Befehl: Die Postnjägerei "schwatzsüchtiger Weiber" wäre Triumph.

SPD. Die 5. Strafkammer des Landgerichts I in Berlin verhandelte am Mittwoch eine Beleidigungsklage des Reichstagsabgeordneten Otto Wels gegen den Redakteur der "Deutschen Zeitung", Zeititz, und den Redakteur Kames von Hugenbergs "Deutschem Schnelldienst". Der Prozess wird am 16. Dezember fortgesetzt. Die Beklagten hatten im Juli 1931 zwei inhaltsgleiche Artikel verbreitet, in denen der Führer der Sozialdemokratischen Partei indirekt des Landesverrates bezichtigt wurde. Die Verleumdungen erfolgten im Anschluss an eine Reise, die Otto Wels im Juli 1931 nach London unternommen hatte. Zweck dieser Fahrt war eine Unterredung mit dem damaligen englischen Aussenminister Henderson, die auf Wunsch des damaligen Reichskanzlers Brüning erfolgte. Bei dieser Aussprache wurde von Henderson auch der damals im Bau befindliche Panzerkreuzer B erwähnt, und in diesem Zusammenhang wurde in den die Ursache der Klage bildenden Artikel hässlich Aufklärung verlangt, "ob und wie sich die Sozialdemokratie wieder einmal hart an der Grenze des Landesverrates bewegt habe?" Darob, auf Antrag von Otto Wels, Anklage des Staatsanwaltes.

Die Beleidiger werden durch den deutschen Reichstagsabgeordneten und Fürstenanwalt Everling verteidigt. Wels hat als Nebenkläger den Rechtsbeistand des Reichstagsabgeordneten Otto Landsberg. Ein vom Vorsitzenden

vor Verhandlungsbeginn angeregter Vergleich wird von Otto Wels abgelehnt. Trotzdem versuchen sich die angeklagten Verleumder durch eine Erklärung aus der Affaire zu ziehen: sie seien das Opfer irriger Nachrichten geworden und zu einer Ehrenerklärung für Wels bereit. Landsberg zeigt jedoch den wahren Charakter dieser Burschen durch die Feststellung, dass Kames, nachdem er die Anklageschrift erhalten hatte, beim Oberreichsanwalt in Leipzig eine Landesverratsanzeige gegen Otto Wels erstattet hat. Es folgen weitere Versuche der Angeklagten, sich den Folgen ihrer Verleumdungen zu entziehen und die Verhandlung zu vertagen. Vergebens!

Als Zeuge gibt dann Otto Wels folgende Darstellung: Kurz vor der im Juli 1931 drohenden Finanzkatastrophe, als die Regierung befürchtete, die Beamtengehälter nicht mehr zahlen zu können, bat mich der damalige Reichskanzler Brüning nach London zu fahren und dort um eine finanzielle Hilfe für Deutschland zu wirken. Ich glaubte im Interesse des deutschen Volkes dem Wunsche Brünings entsprechen zu müssen. Ich fuhr nach London und Aussenminister Henderson empfing mich im Auswärtigen Amt. Bei dieser dramatischen Unterredung erklärte Henderson, die Steine des Anstosses für eine Kredithilfe sind die Zollunion und der Bau eines neuen Panzerkreuzers. Die erste bedrohe den Frieden Europas, und die Millionenausgaben für einen neuen Panzerkreuzer zerschlage jede Voraussetzung für eine finanzielle Hilfeleistung durch ausländische Staaten. Wels versuchte in eindringlichen Worten die Lage Deutschlands für Henderson verständlich zu machen, aber der englische Aussenminister habe erregt erwidert: "Das ist alles sehr richtig. Wie kann ich mich aber z.B. bei Hoover bemühen und mich ihm gegenüber auf die Not Deutschlands berufen, wenn dort der Bau eines Panzerkreuzers, für den viele Dutzende von Millionen ausgegeben werden, wichtiger erscheint als die Volksnot!"

Wels sagte darauf: "Die Stellung unserer Partei zur Frage des Panzerkreuzers ist ja hinlänglich bekannt. Man müsse aber Brünings Lage berücksichtigen. Die politischen Machtverhältnisse in Deutschland seien augenblicklich derartig, und auch die Haltung des Reichspräsidenten als früheren Militär bedeute einen derart entscheidenden Faktor, dass Brüning der nationalen Opposition keinen Widerstand leisten konnte, ohne Gefahr zu laufen, gestürzt zu werden. Um diesen Sturz zu verhindern, war auch die Sozialdemokratie gezwungen die zweite Rate passieren zu lassen. Nur so konnte sie politische Erschütterungen vermeiden, obwohl die Sozialdemokratie grundsätzlich der Ansicht ist, es sei die primäre Aufgabe, dem Volke Arbeit und Brot zu verschaffen."

Auf die Frage der Verteidigung, ob die Sozialdemokratie nicht grundsätzlich gegen den Bau von Panzerkreuzern sei, antwortete Otto Wels, dass seine Partei stets betont habe, zu Zeiten allgemeiner Not müsse der Bau solcher Kreuzer zurückgestellt werden. Der Vorsitzende regt daraufhin wiederum Vergleichsverhandlungen an. Da sich die gegnerischen Anwälte nicht auf eine Vergleichsformulierung einigen konnten und die Anwälte sowie Otto Wels an der Reichstagssitzung teilnehmen mussten, wurde die Verhandlung auf den 16. Dezember vertagt.

SPD. Breslau, 7. Dezember (Eig. Dr.)

In Breslau wurde am Mittwoch von der Polizei eine geheime Druckerei der KPD ausgehoben. Es wurden zahlreiche Druckschriften beschlagnahmt. Ein Drucker wurde verhaftet.

SPD. Darmstadt, 7. Dezember (Eig. Dr.)

Das Schwurgericht Darmstadt verurteilte den Nazisturbannführer Valentin Krug aus Stockstadt wegen Anstiftung zum Meineid zu 2 Jahren Zuchthaus.

Krug hatte anstelle seines erkrankten Vaters, eines Rechtskonsulenten beim Arbeitsamt für einen alten Invaliden einen Rechtsanspruch vertreten; den armen Mann dann aber um die ausgezahlte Summe betrogen. Als der Invalide Anzeige erstattete, veranlasste Krug einen geistig nicht sehr regen Verwandten den mitangeklagten Schlosser Paul Zimmermann aus Biebesheim, unter Eid auszusagen, er sei zugegen gewesen, als er, Krug, dem Invaliden das Geld ausgezahlt habe. Später gestand Zimmermann den Meineid ein, für den er jetzt ebenfalls ein Jahr Zuchthaus erhielt.

SPD. Paris, 7. Dezember (Eig. Drahtb.)

Die französische Regierung hat am Mittwoch in zwei Sitzungen über das Schuldenproblem beraten aber noch keinen Beschluss gefasst, weil bisher keine Aeusserung Amerikas auf die zweite französische Note vorliegt. Die Regierung beschränkt sich zurzeit darauf, die verschiedenen Möglichkeiten zu prüfen, die bei der Ablehnung eines Zahlungsaufschubs durch Amerika in Betracht kommen, nämlich die Zahlung der Schuldenrate in Dollar, die Zahlung mit Vorbehalt, die Zahlung mit Hilfe von Bonds, die Festlegung des Betrages bei der BIZ oder der Bank von Frankreich, die Zahlungsverweigerung und die Anrufung eines Schiedsgerichts. Die Vorteile und Nachteile dieser Lösungen sind in einem Aktenstück ausführlich dargelegt worden.

Da der englische Schatzkanzler Chamberlain erst am späten Abend in Paris eingetroffen ist und zunächst mit MacDonald Fühlung genommen hat, werden die Besprechungen zwischen diesen beiden Persönlichkeiten und Herriot sowie dem Finanzminister Germain Martin erst am Donnerstag-Vormittag beginnen. U.a. soll auch die Frage der Schuldenzahlungen Frankreichs an England und die Ratifizierung der Lausanner Abkommen erörtert werden. Infolgedessen wird die Kammerdebatte über das Schuldenproblem etwas verzögert werden. Herriot wird erst am Donnerstag-Nachmittag vor dem Finanzausschuss und am Freitag-Vormittag vor dem Auswärtigen Ausschuss erscheinen. Die Plenardebatte soll am Sonnabend beginnen.

Der sozialistische Abg. Bedouce hat dem Ministerpräsidenten einen neuen Zahlungsvorschlag unterbreitet. Er sieht vor, die am 15. Dezember fällige Rate in Form von Bonds, die durch die französischen Zolleinkommen garantiert werden, bei der BIZ zu hinterlegen. Der radikale Abg. Nogaro schlägt dagegen vor, mit der amerikanischen Regierung ein ähnliches Abkommen zu vereinbaren, wie es in Lausanne zwischen den europäischen Schuldnern zustande gekommen ist.

SPD. Genf, 7. Dezember (Eig. Drahtb.)

Vier der Genfer Soldaten, die während der Genfer Unruhen den Gehorsam verweigert sowie zum Ungehorsam aufgefordert hatten, sind am Mittwoch vom Lausanner Militärgericht zu je 90, 75 und 60 bzw. 45 Tagen Gefängnis verurteilt worden. Der Genfer sozialistische Stadtverordnete Dupont wurde am Mittwoch im Zusammenhang mit den Unruhen am 9. November verhaftet.

SPD. Stettin, 7. Dezember (Eig. Drahtb.)

Im Bauhüttenprozess beantragte der Staatsanwalt am Mittwoch gegen den Geschäftsführer Lück 4 Monate und 3 Tage Gefängnis, gegen den Bankprokuristen Schönherr 4 Monate Gefängnis und gegen den Kaufmann Beye 1 Monat Gefängnis. Ausserdem sieht der Antrag des Staatsanwalts für Lück eine Geldstrafe von 21 000 Mark, für Schönherr 20 000 und für Beye von 1000 Mark vor.

Der Antrag des Staatsanwalts ist äusserst hart. Es ist zu hoffen, dass das Gericht den tatsächlichen Verhältnissen Rechnung trägt, Wirtschaftsvernunft walten lässt und dem Antrag des Staatsanwalts nicht folgt.

SPD. Genf, 7. Dezember (Eig. Drahtb.)

In der Vollversammlung des Völkerbundes hat sich am Mittwoch wiederum gezeigt, dass die Grossmächte im Mandschureikonflikt keinerlei Risiko eingehen wollen. Zuerst hörte man noch einmalklare und ehrliche Worte von Madariaga-Spanien. Er sprach Japan den guten Willen ab und rief dem Völkerbund zu, er werde an einer tödlichen Krankheit sterben, wenn er zugebe, dass die chinesische Mandschurei ein japanisches Mandschukuo werde. Spanien sei für die unveränderte Annahme des Lytton-Berichts. Motta-Schweiz stellte zwar noch fest, dass Japan nicht in legitimer Verteidigung gehandelt habe, schlug aber nur eine neue Verständigungsprozedur vor. Ebenso plädierte Politis-Griechenland für direkte Verhandlungen zwischen den Parteien.

Beneschs fundamentale Frage, ob sich ein schwacher Staat in Gefahr auf den Schutz des Völkerbundes verlassen könne, wurde von den Grossmächten indirekt mit einem glatten Nein beantwortet. Paul Boncour-Frankreich machte den Anfang mit vielen Worten über Mithilfe des Völkerbundes zu einem internationalen Ausgleich. Sir John Simon-England wies die Unterscheidung zwischen grossen und kleinen Mächten im Völkerbund zurück. Die Grossen hätten nur mehr Verantwortung und das Risiko. Sie könnten sich nicht in scharfen Redewendungen ergehen, die so leicht zu sagen seien. Er schlug direkte Verhandlungen zwischen den Parteien und die Einladung Amerikas und Russlands für die Verständigungsberatungen der 19. Kommission vor. Simon wie Aloisi-Italien verlangten eine Lösung auf der Grundlage der Tatsachen.

Der deutsche Aussenminister von Neurath zog sich aus der Affäre mit der Redewendung, man müsse einen konstruktiven Plan finden, der den Streit endgültig aus der Welt schaffe. Der natürlichen Richtung der Entwicklung von Völkerndürfe sich der Völkerbund nicht verschliessen, doch müsse er den Einsatz militärischer Machtmittel endgültig überwinden. Zu diesem Zweck müsse ein völliger Ausgleich der militärischen Machtmittel aller Staaten stattfinden. Dieser Ausgleich sei die erste Voraussetzung für eine wirksame Sicherstellung friedlicher Streitschlichtung, ohne deren Verwirklichung alle juristischen Mittel problematisch blieben. Neurath schloss mit der Unterstützung der Einladung von Amerika und Russland.

Die Aussprache geht am Donnerstag weiter. Spanien, Irland und die Tschechoslowakei haben den Antrag eingebracht, festzustellen dass Japan nicht in legitimer Verteidigung gehandelt habe, sein Vorgehen nicht in Uebereinstimmung mit den Verträgen stehe, Mandschukuo keine freiwillige Gründung sei und USA und Russland einzuladen seien.

Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören.

Donnerstag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850.

Aus aller Welt

Schwere Explosionskatastrophe!

Explosion im Rathenower J.G.Farbenwerk - Viele Tote und Schwerverletzte - Schreckensszenen am Fabrikator.

SPD.Rathenow, 7.Dez. (Eig.Ber.)

Im Zellulose-Werk der I.G.Farben-Aktiengesellschaft in Premnitz bei Rathenow (Westhavelland) ereignete sich am Mittwoch-Mittag eine überaus schwere Katastrophe.

Im Neubau des Fabrikgebäudes, in dem seit einiger Zeit eine grössere Zahl von Bauarbeitern Rathenower Firmen tätig ist, explodierte ein grosser Sauerstoffbehälter. Die Mauer eines Werkgebäudes stürzte ein und begrub eine grosse Anzahl von Arbeitern unter ihren Trümmern. Die Feuerwehr des Werkes und die Belegschaft der sofort stillgelegten Fabrik beteiligten sich an den Rettungsarbeiten: nach wenigen Stunden waren 8 Tote und 5 Schwerverletzte geborgen. Die Schwerverletzten haben sämtlich Brandwunden und Schädelverletzungen davongetragen. Sie wurden nach dem Krankenhaus Rathenow gebracht. Eine Anzahl Personen erlitten leichtere Verletzungen durch Glassplitter. Andere Arbeiter kamen wie durch ein Wunder mit dem Leben davon, da sie durch den furchtbaren Luftdruck durch die Fenster ins Freie geschleudert wurden.

Der Schauplatz des Unglücks - die I.G.Farben-Fabrik liegt inmitten des Ortes Premnitz - ist vollkommen verwüstet. Er gleicht einem Chaos von Steinen, Holzfetzen, Fensterplittern, Balken und Dachblechen - einem Chaos, das in den ersten Stunden nach dem Unglück durch die ihm ent quellenden Schmerzensschreie der unter den Trümmern Begrabenen in fürchterlicher Weise Leben enthielt. Die Sanitäter mussten einige der Opfer buchstäblich zusammensuchen...

Da die Augenzeugen entweder tot sind oder schwer verletzt wurden, ist der Hergang des Unglücks im Einzelnen nur schwer rekonstruierbar. Ein Vertreter des zuständigen Potsdamer Oberstaatsanwalts ist mit mehreren Beamten in Premnitz eingetroffen, um eine Klärung der Schuldfrage herbeizuführen. Es wird behauptet, dass die Katastrophe auf Unvorsichtigkeit zurückzuführen sei. Mehrere Arbeiter der Rathenower Schlossereifirma Thie, die damit beschäftigt waren, einen Träger mit Schneiderbrennern zu durchschneiden, haben angeblich eine Gasflasche fallen lassen. Die Flasche explodierte. Die Arbeiter, die sie getragen hatten, und ihre am Schneiderbrenner tätigen Kollegen wurden in Fetzen gerissen oder bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt. In weitem Umkreis wurden die Dächer von den Häusern gerissen, die Fensterscheiben eingedrückt. Die Detonation betäubte alle Sinne. Nach wenigen Sekunden folgte der ersten Explosion eine zweite, durch die das ganze an den Unglücksplatz angrenzende Vistrawerk zerstört wurde. Die Vorderwand stürzte ein, das Dach fiel in die Tiefe. Unter den Verschütteten waren ausser Angestellten und Arbeitern der I.G.Farbenwerke auch mehrere Personen, die nicht zum Werk gehörten.

Kilometerweit wurden durch die heftigen Detonationen die Häuser erschüttert. In Premnitz selbst fielen vielfach Gegenstände von Tischen und Regalen zu Boden. Man konnte sich den ohrenbetäubenden Schlag in den ersten Sekunden nicht erklären; in panikartigem Schrecken glaubten die Leute an ein Erdbeben. Erst die wild aufheulenden Alarmsirenen der gefährdeten Fabrik und

laute Hilferufe "Die Kunstseidenfabrik ist eingestürzt" schafften Klarheit. Nach wenigen Minuten war das Fabrikgebäude von Hunderten, unter ihnen besorgte Angehörige der im Werk Beschäftigten, umlagert. Freilich konnte den verzweifelten Wartenden vorerst immer nur wieder gesagt werden: Zahl und Namen der Opfer stehen noch nicht fest. Schliesslich versuchte die Fabrikseitung durch eine Verlesung von Namenslisten festzustellen, wieviel Opfer noch zu suchen seien...

+ + +

Geständnis des Giftkochs! In der Görlitzer Schwurgerichtsverhandlung gegen den des fünffachen Giftmordes beschuldigten Schuhmachermeister Just aus Klein-Partwitz wurde der Angeklagte durch die Zeugenaussage eines Freundes aufs schwerste belastet. Der Zeuge berichtete, wie sich Just einmal mit ihm über die Ergebnisse von Leichenobduktionen unterhalten habe. Just soll hierbei erklärt haben: "Es gibt etwas, was auch die besten Aerzte nicht herausbekommen."

Nachdem Just auch noch durch andere Zeugenaussagen, die ihn in eindeutiger Weise belasteten, sehr bedrängt worden war, meinte er unter Tränen: "Ich will ein Geständnis ablegen. Ich will meine Frau Emma, meine zweite Frau, mit Gift umgebracht haben. Den Türk habe ich nicht umgebracht, aber die Grobes will ich auch mit Gift umgebracht haben. Meine erste Frau brachte ich um, weil mir meine Schwiegermutter ihretwegen Vorwürfe gemacht hat. Sie wollte meine Frau wieder zu sich nach Hause nehmen. Da habe ich ihr Gift in den Kaffee geschüttet. Ich hatte noch zwei Fingerhüte voll Rattengift von früher übrig." Vors.: "Das verstehe ich nicht. Wenn Sie Hass und Wut gegenüber Ihrer Schwiegermutter empfanden, warum haben Sie denn da Ihre Frau umgebracht?" Angeklagter: "Meine Schwiegermutter sollte mir meine Frau nicht wegnehmen. Ich wollte aber meine Frau nicht töten. Ich wollte nur, dass sie noch ein paar Tage im Bett bleibt. Sie sollte nicht von mir fort." Vors.: "Just, sagen Sie endlich die ganze Wahrheit." Angeklagter: "Gut denn, die Frau sollte sterben." Vors.: "Bereuen Sie die Tat?" Angeklagter: "Ich gestehe nicht, weil ich überführt worden bin, sondern aus ehrlicher Reue." (Der Staatsanwalt nimmt an, dass Just es auf die Lebensversicherung in Höhe von 265 Mark abgesehen hatte.) Vors.: "Nun wollen wir zu den Vergiftungen im Hause Grobes kommen." Angeklagter: "Ich habe das Rattengift zuerst eigentlich für mich gekauft, um mich umzubringen, weil der Grobes gesagt hat: Den schmeiss' ich raus. Da sagte ich zu mir: Ich habe schon so viel Bitteres erlebt, nun wirst du dich lieber vergiften. Dann habe ich aber das Gift doch nicht verwendet, weil es feucht wurde. Aber dann habe ich neues Gift gekauft, und nun wollte ich den Grobes aus Hass und Rache umbringen." Vors.: "Warum haben Sie aber die Frau und das Kind gleichfalls vergiftet?" Angeklagter: "Ich kann doch nichts dafür, dass die andern auch von dem Gift genommen haben... Ich muss aber doch noch etwas anders aussagen. Ich habe auch schon von dem ersten Gift Grobes etwas in den Kaffee getan. Dann erst wurde das Gift nass. Da habe ich es weggeworfen, weil ich annahm, dass es nicht mehr wirksam wäre." Vors.: "Wollten Sie eigentlich Ihre Frau mitvergiften?" Angeklagter: "Nein. Nur die Grobes. Bei meiner Frau da hätte ich schon aufgepasst. Als alle krank wurden, dachte mein Schwiegervater, wir hätten Grippe und kaufte Grippepulver. Als er immer wieder davon sprach, dass er mich raus-schmeissen will, da packte mich die Wut und ich vertauschte das Grippepulver mit dem Gift. Schliesslich habe ich den Grobes das Arsen direkt eingegeben, mit dem Löffel."

+ + +

Ein wandernder Berg. Infolge heftiger Regenfälle ist der Berg von Cransac bei Rodez (Südfrankreich) ins Rutschen gekommen. Jede Stunde bewegen sich die Erdmassen etwa 20 cm talwärts. 100 Arbeiter sind aufgeboten, um die Massen, die vor allem eine Bahnlinie zu verschütten drohen, zum Stillstand zu bringen.

Grossfeuer. In Hammerhaus bei Gummersbach (Rheinland) wurden die Zwi-
nerei, ein Teil der Spinnerei und zwei Lagergebäude der Wollwarenfabrik
B. Siebel eingeäschert. Der Schaden wird auf 250 000 Mark berechnet. 50 Ar-
beiter wurden brotlos.

Die letzte Instanz. Der Hohe Rat im Haag, das höchste holländische Ge-
richt, bestätigte das in den Vorinstanzen gefällte Urteil gegen den Jagd-
aufseher van den Elzen und seinen Sohn, die im deutsch-holländischen Grenz-
wald von Futhroek drei junge Männer ermordet haben. Die Vorinstanzen hatten
die Mörder zu 15 und 6 Jahren Gefängnis verurteilt.

Commodore Johnson. Der Kapitän des Lloyd dampfers "Europa", Commodore
Johnson, ist in einem New Yorker Krankenhaus an den Folgen einer Blinddarm-
operation gestorben. Commodore Johnson war einer der populärsten Offiziere
der deutschen Handelsmarine. Während des Krieges war er als Kapitän auf
Sozialdampfern tätig, nach Ablieferung der Handelsflotte leitete er den
700-Tonnen-Tender "Grüss Gott" des Lloyd.

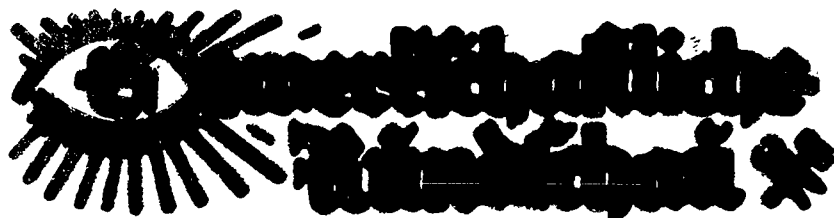
Gesunken. Auf der Höhe von Lahradur ist der New-Yorker Schlepper
"Sandbeach" im Sturm gesunken. Die 19 Mann umfassende Besatzung kam ums Le-
ben.

England-Oesterreich 4:3. Der am Mittwoch in London ausgetragene grosse
Fussballkampf zwischen den österreichischen und der englischen Nationalmann-
schaften endete mit einem 4:3 zugunsten der Engländer. In der ersten Halb-
zeit führte England 2:0. Die letzte Spielhälfte sah einen dramatischen Gross-
kampf, der die gewaltigen Zuschauermassen zu Begeisterungstürmen hinriss.
Der Kampf verlief in der Folge: 2:1, 3:1, 3:2, 4:2, 4:3. Der Sieg der Eng-
länder war verdient.

Gegen die Passfälscher. Der Vernehmungsrichter im Polizeipräsidium
Berlin erliess Haftbefehl gegen den Werkzeugmacher Karl Wiehn und den Maler
Erwin Kohlberg. Sie werden der schweren Urkundenfälschung, des Vergehens
gegen das Schusswaffengesetz und der Führung falscher Namen beschuldigt.

Wiehn und Kohlberg wurden vor einigen Tagen in einer Wohnung in Berlin-
Wilmsdorf bei Passfälschungen überrascht und festgenommen. Eine Haussu-
chung ergab folgendes Inventar: 2 000 Stempel, 600 lose Passblätter, 35 zum
Teil fertiggestellte Pässe, 807 Passphotos, 760 Gebührenmarken, 300 amtliche
Urkunden, 72 Quittungskarten, 57 Steuerkarten, 700 Polizeiformulare, 30 Ar-
beitsbücher, 650 Briefbogen, zahllose "einschlägige" Werkzeuge und Tinten.
Es steht fest, dass die Festgenommenen ihre Fälschungsfähigkeiten in den
Dienst politischer Zwecke gestellt haben. Der Oberreichsanwalt in Leipzig
wird darüber entscheiden, ob gegen Wiehn und Kohlberg ein Verfahren wegen
Hochverrats eingeleitet werden soll.

30 000 Mark unterschlagen. Die Hamburger Schlachthofverwaltung wurde
durch Untreue eines Inspektors um 30 000 Mark geschädigt.



Der Kampf um Brot.

Im Kampf gegen die Arbeiter.

SPD. In den von der Krise heimgesuchten Ländern werden jetzt etwas kräftigere Anstrengungen gemacht, um der Arbeitslosennot zu steuern. Überall erkennt man, nachdem man jahrelang die Warnungen der Gewerkschaften in den Wind geschlagen hat, dass es ohne Arbeitsbeschaffung und vor allem auch ohne öffentliche Arbeiten nicht geht. Aber in den meisten Ländern will man die Arbeiter nur beschwichtigen. Ernsthafte Hilfe kann man auch nicht bringen; denn sie ist nur möglich, wenn man mit den Arbeitern Wirtschafts- und Sozialpolitik machen würde. Das aber ist natürlich den Nutznießern des kapitalistischen Systems nicht möglich. Und so kuriert man daher weiter an den Symptomen herum. Von einer planmässigen Umgestaltung der Wirtschaft ist keine Rede. Nicht einmal für die so dringend notwendige internationale Arbeitszeitverkürzung hat man etwas übrig.

Auch in Frankreich will man der Arbeitslosigkeit durch Ausführung grösse öffentlicher Arbeiten steuern. Der von der Regierung zu diesem Zweck eingebrachte Gesetzentwurf steht in der Kammer zur Zeit zur Debatte. Der Entwurf beansprucht einen Kredit von 7,8 Milliarden Francs, die durch Anleihen aufgebracht werden sollen. Die Regierung hat aber, wie der Generalberichterstatter der Finanzkommission bei der Begründung des Entwurfs betonte, in den Entwurf Kredite für bereits ausgeführte, aber noch nicht bezahlte Arbeiten eingesetzt, die eigentlich in das ordentliche Budget gehören. Dadurch werde die öffentliche Meinung über die Höhe der wahren Staatsausgaben und die ernste Lage der Staatsfinanzen getäuscht. Im übrigen befürwortete der Generalberichterstatter eine schnelle Annahme des Entwurfs.

Die sozialistischen Abgeordneten Riffaterre und Bedouce bezeichnen den Gesetzentwurf als vollkommen ungenügend; sie kündigten die Einbringung eines sozialistischen Geggentwurfs an. -

Die Bewegung zur Einführung einer internationalen 40-Stundenwoche hat die französischen Handelskammern nervös gemacht - so nervös, dass ihre Argumente gegen eine internationale Arbeitszeitverkürzung von wahrhaft erschreckender Geistlosigkeit sind. So meint die Pariser Handelskammer, dass durch die Einführung der Vierzigstundenwoche die von der Krise am meisten betroffenen Länder, die zugleich Frankreichs Konkurrenten sind, profitieren würden, und dass der französischen Wirtschaft damit ein empfindlicher Schaden zugefügt werde.

Bisher haben wir von den Unternehmern immer nur gehört, dass die Einführung der Vierzigstundenwoche für sie eine Belastung darstellt. Auch ist nicht recht ersichtlich, warum nun ausgerechnet die Betriebe der Krisenländer nach Verkürzung der Arbeitszeit plötzlich mehr Aufträge bekommen sollen.

Auf dem gleichen Niveau wie der erste Einwand der Pariser Handelskammer liegt ihr zweiter, wonach das Schicksal der Washingtoner Konvention über den Achtstundentag zeige, dass eine gerechte und unparteiische Ratifikation und Anwendung einer internationalen 40-Stundenkonvention nicht zu erwarten sei.

Das ist doch etwas zu viel Heuchelei. Da ist z.B. die 1931 zustande gekommene Arbeitszeitkonvention für den Bergbau. Sie ist bis jetzt lediglich von Spanien ratifiziert worden. So etwas kann man schon eher mit Fug und Recht eine ungerechte und parteiische Ratifikation nennen.

Es ist schon so, wie vor kurzem in Dänemark der Sozialminister Steincke in einem Interview betont hat: es gibt angesichts der negativen Einstellung der Arbeitgeber zur Lösung der Arbeitszeitfrage keinen anderen Weg als den durch die Gesetzgebung.-

+

In Holland rechnet man ebenfalls mit einem scharfen Arbeitslosenwinter. Die Zahl der eingeschriebenen Arbeitslosen dürfte, wie die Sozialdemokraten in der Kammer gegenüber der passiven Haltung der Regierung betonten, auf 300.000 ansteigen. Die Not der jugendlichen Arbeitslosen sei nicht nur in Deutschland, sondern auch in Holland sehr gross. Ebenso sei eine ernste Notlage der alleinstehenden arbeitslosen Frauen, die bei einem Lebensalter von weniger als 35 Jahren keinerlei Unterstützung erhalten, festzustellen. Die holländische Sozialdemokratie fordert von der Regierung Beschaffung von Arbeitsgelegenheit, u.a. durch Elektrifizierung des Eisenbahnnetzes, durch Förderung des Brückenbaues, weitere Trockenlegung der Zuider-Zee und Aufforstung der Dünen.

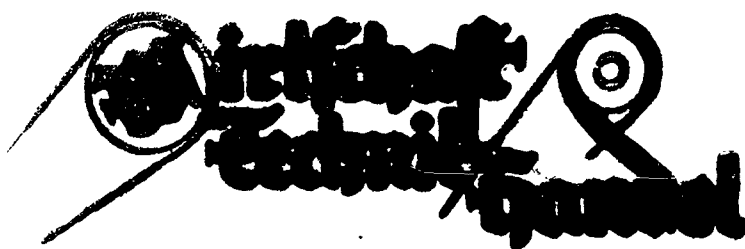
SPD. In Sachsen sind verschiedene grössere Betriebe von Stilllegung bedroht. Die Regierung erklärte im Landtag, sie bemühe sich nach Kräften, die bedrohten Betriebe in Gang zu halten, bzw. von neuem in Gang zu bringen. Wo es irgend angängig sei, wolle man bei Steuerrückständen entgegenkommen, um nicht durch rücksichtslose Eintreibung Betriebe zu ruinieren. Zu den bedrohten Betrieben gehören auch die Vereinigten Textilwerke Wagner und Moras A.G. in Zittau. Es schweben Verhandlungen, um die Weiterrührung des Werks zu ermöglichen.

In einem Teil der Presse wird gerade unter Hinweis auf Wagner und Moras gewarnt, durch künstliche Wiederbelebung der hingesiechten Betriebe anderwärts Beschäftigung von Werken abzuziehen, die sich als lebensfähig erwiesen haben. Die von der Stilllegung betroffenen Gemeinden wehren sich aber selbstverständlich gegen jede Vermehrung der Arbeitslosigkeit. Das Arbeitslosenelend ist in Sachsen auch unverhältnismässig gross; die Auswirkung des Wirtschaftsprogramms Papens war nur sehr gering. Bis Mitte November sollen nur 675 Arbeitnehmer in ganz Sachsen neu eingestellt worden sein.

SPD. In Ungarn sind auf den Kohlengruben der Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft in der Nähe von Fünfkirchen etwa 2.500 Bergleute in den Ausstand getreten. Sie hatten am letzten Freitag nur 30 Prozent ihres Lohns erhalten, obwohl der Lohn in den letzten Monaten stark gekürzt worden war.

+

Die Gewerkschaftspresse in Ungarn wird durch drakonische Gerichtsurteile geknebelt. Der "Lebensmittelarbeiter" hatte einen Artikel über das Verbot der Nacharbeit in Bäckereien veröffentlicht, weil die Bäckermeister bei der Regierung durch eine Abordnung wieder einmal die Abschaffung des Verbotes forderten. Für das Gericht war das Grund genug, den Verfasser des Artikels, Gregor Marosan, wegen "Aufreizung" zu einem Monat Gefängnis zu verurteilen. Im "Metzgereiarbeiter" war in verschiedenen Artikeln auf die unbestreitbare Tatsache hingewiesen worden, dass Berge von Weizen und Kaffee ins Meer geschüttet werden, während Millionen in der Welt hungern. Das Gericht ahndete diesen Hinweis mit einer Strafe von drei Monaten Gefängnis. In Ungarn ist eben nicht die aufreizende Tatsache, sondern der Hinweis auf sie eine Aufreizung.



Ernsthafte Arbeitsbeschaffung.

Von Fritz Naphtali.

SPD. Die Regierung Papen hat in diesem Sommer ihre "kapitalistische Offensive" zur Belebung der Wirtschaft mit folgenden Worten angekündigt: "Misslingt der Plan der Reichsregierung, über die Privatwirtschaft den Organismus der deutschen Wirtschaft wieder zu beleben und ihm seine volle Leistungsfähigkeit zurückzugeben, dann ist das freie Unternehmertum verloren."

Man muss gleichzeitig an das schöne mit napoleonischen Vergleichen gespickte Interview erinnern, in dem Herr von Schleicher sich, wenn auch nicht als den Kopf, so doch als den "Willen" des Kabinetts des Herrn von Papen bezeichnete.

Bei der Erinnerung an dieses Pathos aus der Sommerzeit ist es ziemlich gleichgültig, wenn heute darüber gestritten wird, ob auf Grund des Papen-Plans 10 000 Arbeiter mehr oder weniger eingestellt worden sind und wo zwischen 40 und 100 000 die Zahl der Arbeiter liegen mag, deren Einstellung man dem grossen Apparat der Steuergutscheine, der Lohnprämien und dem Lohnsenkungsanreiz zu verdanken hat.

Das eine steht fest: der Papen=Plan ist misslungen.

Da wir etwas nüchterner denken als Herr von Papen, weil wir wissen, dass die Frage der Ueberwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems und des Umbaus der Wirtschaft zum Sozialismus nicht im Stile von Husarenritten, sondern in ernstem zähem Klassenkampf, im Kampf um politische Machteroberung und wirtschaftliche Neugestaltung entschieden wird, geben wir uns nicht der Illusion hin, dass das von neuem blamierte freie Unternehmertum nun auch schon nach den Worten des Herrn von Papen "erledigt" ist. Aber eins steht fest, dass nach dem Fiasko des Papen-Planes die Frage der Arbeitsbeschaffung und der Ueberwindung der Krisennot mit mehr Ernsthaftigkeit angepackt werden muss, als es durch die missglückte "kapitalische Offensive" geschah.

Dabei muss man sich darüber klar sein, dass die Ernsthaftigkeit der Inangriffnahme von Arbeitsbeschaffungsplänen, an denen ja kein Mangel besteht, nicht durch die Nennung der grössten Zahl von Milliardensummen und durch die Ueberschätzung der Zahl der Arbeiter, die man bei der gegebenen internationalen Krisenlage und bei Herrschaft des Kapitalismus mit einem Schlage wieder in Arbeit bringen kann, bewiesen wird, sondern nur dadurch, dass wirklich praktisch gangbare und schnell wirkende Wege zur Neueinstellung erheblicher Arbeiterzahlen gewiesen werden. Die Notwendigkeit einer soliden Finanzierung und die praktischen Grenzen, die im bestehenden Wirtschaftssystem der schnellen Krisenüberwindung entgegenstehen, können nicht einfach durch die Parole "Kreditausweitung" beiseite geschoben werden. Es ist interessant, dass ein grundsätzlicher Anhänger einer weitgehenden Kreditausweitungspolitik, wie Professor Albert Hahn, es gegenüber phantastischen Projekten gerade in diesem Augenblick für notwendig hält, öffentlich festzustellen, dass "Währungsverschlechterung oder Autarkie die unausbleibliche Folge wirklich energischer Kreditausweitung ist", und, "dass eine wirklich ins Gewicht fallende"

isolierte Konjunktur innerhalb Deutschlands ebenso wenig ohne Autarkie oder Währungszerrüttung ins Leben gerufen werden kann, wie man ins Wasser gehen kann, ohne nass zu werden." Währungszerrüttung und Absperrung vom Weltmarkt würden aber in kürzester Frist alles wieder kaputt machen, was der deutsche Arbeitsmarkt bei unsoliden Experimenten vielleicht im Augenblick gewinnen könnte, und das Ende vom Liede wäre verschärfte Arbeitslosigkeit und neue Verelendung.

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat im neuen Reichstag einen Gesetzesantrag eingebracht, der es sich zum Ziel gesetzt hat, nicht mit den höchsten Zahlen auf dem Papier zu glänzen, sondern einen wirklich praktisch gangbaren und sofort wirksamen Weg zu zeigen, auf dem in kürzester Zeit unmittelbar mehrere hunderttausend Arbeiter eingestellt werden können und bei dem man mittelbar mit einer weiteren Aufsaugung der Arbeitslosen rechnen darf.

Nach diesem Gesetzentwurf soll eine Milliarde Reichsmark für eine planmässige Arbeitsbeschaffung durch das Reich und durch die Gemeinden bereitgestellt werden. Zur Finanzierung soll eine Prämienanleihe für Arbeitsbeschaffung aufgelegt werden und für den Fall, dass aus dem Erlös der Prämienanleihe und aus sonstigen Anleihemitteln der Betrag von einer Milliarde Reichsmark nicht erreicht wird, soll der Restbetrag durch eine Zwangsanleihe aufgebracht werden, für die alle Vermögensteuerpflichtigen heranzuziehen sind unter Anrechnung der von ihnen vorher gezeichneten Prämienanleihen. Wird durch die Grundlage der freiwilligen oder zwangsweisen Anleihe die finanzpolitische Solidität der Finanzierung sichergestellt, so ist es unbedenklich, für die Zwischenfinanzierung auch teilweise den kurzfristigen Kredit der Reichsbank, möglicherweise unter Benutzung der für Einstellungsprämien nicht mehr auszugebenden Steuergutscheine einzuschalten.

Auf der Grundlage einer solchen soliden Finanzierung können die bereitliegenden Arbeitsprojekte auf dem Gebiete des Strassen- und Brückenbaus, des Kleinwohnungsbaus und der Wasserschutzanlagen in Angriff genommen werden, es können vor allen Dingen aber auch durch Bereitstellung der Mittel an die Gemeinden die vielfältigen etatsmässig vorgesehenen und heute aus Finanznot gedrosselten notwendigen Erneuerungs- und Ausbauarbeiten von dieser Seite unverzüglich in Gang gebracht werden. Auch der kollektiven Selbsthilfe der Arbeitslosen wären durch die Gemeinden Mittel zuzuführen und ihr Ausbau könnte durch das Recht, stillliegende Fabriken und Werkstätten für diese Zwecke zu beschlagnahmen, gefördert werden.

Dieser sozialdemokratische Antrag weist einen praktischen Weg, auf dem ohne gefährliche Experimente sofort eine nennenswerte Entlastung des Arbeitsmarktes erreicht werden kann. Diesen Weg zu beschreiten ist das Gebot der Stunde, für ihn zu kämpfen die Aufgabe der Arbeiterschaft. Wir wissen, dass damit nicht mit einem Schlage die Not der kapitalistischen Krise beseitigt werden kann. Wir wissen, dass neben der Augenblicksforderung für planmässige Arbeitsbeschaffung der Kampf für den Umbau der Wirtschaft, für die Ueberwindung des Kapitalismus und den Aufbau einer sozialistischen Wirtschaft geführt werden muss. Der Kampf gegen die Not des Augenblicks und der Kampf für die Sicherung einer besseren Zukunft sind zwei notwendig miteinander verbundene Seiten des grossen Kampfes, den die Arbeiterklasse unter Führung der Sozialdemokratie gegen politische und soziale Reaktion, gegen Diktatur und Kapitalismus zu führen hat.

520. Unter den Initiativgesetzentwürfen, die die sozialdemokratische Reichstagsfraktion dem Reichstag zugeleitet hat, kommt dem Entwurf eines Gesetzes über

Planmässige Arbeitsbeschaffung

besondere Bedeutung zu. Wir geben den Entwurf im Wortlaut wieder:

Unter Führung des Reiches wird eine planmässige Arbeitsbeschaffung in Angriff genommen, für die 1 Milliarde Reichsmark bereitgestellt wird. Die Arbeitsbeschaffung soll insbesondere umfassen 1) Arbeitsbeschaffung durch das Reich (Reichszuschüsse für öffentliche Arbeiten und Kleinwohnungsbau) und 2) Arbeitsbeschaffung durch die Gemeinden. (Gemeindearbeiten, kollektive Selbsthilfe der Arbeitslosen, Schulung jugendlicher Erwerbsloser und Hausreparaturen).

Arbeitsbeschaffung durch das Reich.

Zur Förderung der Arbeitsbeschaffung werden Reichszuschüsse für die Durchführung weiterer zusätzlicher öffentlicher Arbeiten bereit gestellt. Die öffentlichen Arbeiten sollen insbesondere umfassen: Kleinwohnungsbau, Verbesserung des Strassennetzes, Brückenbauten, Errichtung von Wasserschutz- und Wassernutzanlagen, ausserplanmässige Erneuerungs- und Erweiterungsarbeiten der Reichsbahn und der Reichspost.

Die Reichszuschüsse für den Kleinwohnungsbau sind den Ländern zur Herausgabe von zweiten Hypotheken, notfalls auch von ersten Hypotheken, sowie von Zinszuschüssen zu überweisen.

Alle Arbeiten, für die auf Grund dieses Gesetzes Reichszuschüsse gewährt werden (einschliesslich der Gemeindearbeiten), sind im Tariflohn auszuführen. Die Vermittlung der Arbeitnehmer für diese Arbeiten hat ausschliesslich durch die Arbeitsämter zu erfolgen.

Arbeitsbeschaffung durch die Gemeinden.

Für die Zwecke der Arbeitsbeschaffung durch die Gemeinden, insbesondere für die kollektive Selbsthilfe der Arbeitslosen und für die Schulung jugendlicher Erwerbsloser, werden 1) Bauholz aus staatlichen und kommunalen Forsten, 2) Gas, Wasser, Elektrizität und Brennstoffe aus öffentlichen Betrieben verbilligt abgegeben.

Gemeindearbeiten. Die Gemeinden haben die Zuschüsse für die Gemeindearbeiten zur Durchführung dringender Arbeiten zu verwenden, die sonst aus Mangel an Mitteln unterbleiben müssten. Dazu gehören auch grössere Instandsetzungsarbeiten an grossen Gebäuden, Strassen, Brücken, Hafenanlagen usw.

Kollektive Selbsthilfe der Arbeitslosen. Die Gemeinden sind berechtigt, stillliegende Fabriken und Werkstätten für Zwecke der kollektiven Selbsthilfe der Arbeitslosen zu beschlagnehmen. In diesen Betrieben sollen Arbeitslose auf Grund freiwilliger Meldung und unter Gewährung von Unterstützung nach den Sätzen der Arbeitslosenversicherung zu dem Zweck beschäftigt werden, Gegenstände des täglichen Bedarfs wie Schuhwerk, Kleidungsstücke, Wäsche usw. herzustellen. Die Erzeugnisse ihrer Arbeit werden an diese Beschäftigten und an die übrigen Arbeitslosen und Hilfsbedürftigen unentgeltlich verteilt.

Schulung jugendlicher Erwerbsloser. Um allen jugendlichen Erwerbslosen den Erwerb, die Erhaltung und die Weiterbildung ihrer Berufsfähigkeiten zu ermöglichen, haben die Gemeinden umfassende Schulungsmassnahmen durchzuführen. Zu diesem Zweck sind unter Zuhilfenahme beschlagnehmter stillgelegter Betriebe Lehrwerkstätten einzurichten, die Schulungskurse auszubauen und das Berufsschulwesen zu erweitern.

Hausreparaturen. Soweit Hauseigentümer ihre gesetzliche Verpflichtung, einen Teil der Miete zu Instandsetzungsarbeiten zu verwenden, nicht oder nicht voll erfüllen, haben die Gemeinden die Durchführung der Instandsetzungsarbeiten zu erzwingen. Insbesondere sind sie berechtigt, notfalls solche Instandsetzungsarbeiten auf Kosten der Hauseigentümer selbst vornehmen

Finanzierung.

Die zur Finanzierung der Arbeitsbeschaffung erforderlichen Mittel werden durch Suflegung einer Anleihe für Arbeitsbeschaffung aufgebracht. Zu diesem Zweck wird eine Prämienanleihe für Arbeitsbeschaffung aufgelegt. Für den Fall, dass der Erlös der Prämienanleihe eine Milliarde Reichsmark nicht erreicht, wird der Restbetrag durch eine Zwangsanleihe aufgebracht, auf die gezeichnete Prämienanleihe angerechnet wird.

Zur Vorfinanzierung des Anleiheerlöses sind die Einstellungsprämien auf Grund der Notverordnung vom 4. September 1932 den öffentlichen Körperschaften zur Verwendung für öffentliche Arbeitsbeschaffung zu überweisen.

+ + +

Aber mit öffentlicher Arbeitsbeschaffung allein ist die Wirtschaftskrise nicht zu überwinden, das Steuer der gesamten Wirtschaftspolitik muss radikal herumgeworfen werden. Nicht Zerstörung, sondern Stärkung der Massenkaukraft, nicht Erdrosselung, sondern Förderung der Ausfuhr - das sind die Grundgedanken des nachstehenden Antrags der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Entwurf eines Gesetzes zur Belebung der Wirtschaft.

Arbeitsbeschaffung. Um jede Zersplitterung und Vergeudung öffentlicher Mittel und jede Begünstigung privater Unternehmer zu vermeiden, führen Reich und Gemeinden eine planmässige Arbeitsbeschaffung durch.

Verkürzung der Arbeitszeit. Um alle verfügbaren Arbeitsplätze auf möglichst viele Arbeitnehmer zu verteilen, wird die gesetzliche Arbeitszeit auf 40 Stunden wöchentlich festgesetzt. Dabei sind die ersparten Unterstützungsmittel für den Lohnausgleich heranzuziehen.

Stärkung der Massenkaukraft. Um die Massenkaukraft zu stärken und die Absatzmöglichkeiten zu verbessern, werden folgende Massnahmen durchgeführt: 1. Erhöhung der Unterstützung der Arbeitslosen, Wohlfahrtsempfänger, Sozialrentner und Kriegsbeschädigten und -hinterbliebenen. 2. Schaffung einer Winterhilfe für den Winter 1932/33. 3. Gewährung von Mietbeihilfen und Senkung der Mieten.

Umbau der Steuerbelastung. Um die Steuerbelastung sozial gerecht zu verteilen, die Massenkaukraft zu stärken und die Erhöhung der Unterstützungssätze zu finanzieren, sind folgende Massnahmen durchzuführen: 1. Von den hohen Einkommen und Vermögen werden Notabgaben erhoben; 2. die Erhöhung der Massenbelastung auf Grund der Notverordnung vom 14. Juni 1932 (Arbeitslosenabgabe, Salzsteuer, Aufhebung der Freigrenze bei der Umsatzsteuer) wird wieder aufgehoben; 3. die Lohnsteuererstattungen werden mit Wirkung für das Kalenderjahr 1932 wieder aufgenommen; 4. die Bürgersteuer wird gemäss dem Gesetz zur Umgestaltung der Bürgersteuer abgeändert.

Förderung der Ausfuhr. Um die deutsche Ausfuhr zu fördern und damit die Arbeitslosigkeit zu vermindern und die Lage des Binnenmarktes zu verbessern, ist die Handelspolitik nach folgenden Richtlinien zu führen: 1. sofortige Einleitung von Verhandlungen über einen internationalen Zollwaffenstillstand und ein internationales Zollsenkungsabkommen; 2. tatkräftige Unterstützung aller Bestrebungen auf internationalen Abbau der Handelshemmnisse und auf Beseitigung der Währungsschwierigkeiten; 3. entschlossene Massnahmen zur Beendigung der Handelskriege und Rückkehr zu einer freiheitlichen Handelsvertragspolitik, 4. vollständiger Bruch mit der Kontingentierungspolitik und Aufgabe aller Autarkiepläne;

Landwirtschaft und Volksernährung. Die gesamte Agrarpolitik muss von dem Grundsatz geleitet werden, dass die Interessen der schaffenden Landwirte und der werktätigen Verbrauchermassen miteinander übereinstimmen. Deshalb müssen alle agrarpolitischen Massnahmen darauf gerichtet sein, durch eine Verbesserung des Ernährungsstandes des Volkes den Absatz der deutschen Landwirtschaft zu heben. Dazu sind neben der Enteignung des Grossgrundbesitzes folgende Richtlinien einzuhalten: 1. Die landwirtschaftlichen Preise sind so zu gestalten,

dass die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung verbessert und kein Zweig d. Landwirtschaft zugunsten eines anderen benachteiligt wird; insbesondere sind zur Steigerung der Rentabilität der bäuerlichen Veredelungswirtschaft die Futtermittelpreise zu senken. Dagegen sind 1. alle Stützungsmaßnahmen, die zu einer Steigerung der Getreidepreise führen können, zu unterlassen. 2. Um den Zuckerabsatz zu heben und der Benachteiligung der bäuerlichen Zuckerwirtschaft gegenüber der grossagrarisches entgegenzuwirken, ist der Zuckerhöchstpreis ausreichend zu senken. 3. Die Spanne zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen ist durch Abbau übermässiger Handelsspannen und durch Förderung der unmittelbaren Zusammenarbeit zwischen landwirtschaftlichen Absatzgenossenschaften und Verbrauchergenossenschaften zu verringern. 4. Alle Massnahmen, die zu einer Verteuerung der Butter, der Margarine, des Schmalzes oder sonstiger Fette geführt haben oder führen müssen, sind rückgängig zu machen oder zu unterlassen. 5. Zur Besserung der Lage der kleinbäuerlichen Landwirtschaft ist die Bildung von Produktivgenossenschaften, die Geldbereinigung und das landwirtschaftliche Bildungsweisen zu fördern. 6. Um Landwirte, die infolge der Wirtschaftskrise ohne eigenes Verschulden in Not geraten sind, vor der Gefährdung ihrer wirtschaftlichen Existenz zu bewahren, können im Rahmen eines Gesetzes über Entlastung notleidender Schuldner landwirtschaftliche Schuldverpflichtungen neu geregelt werden. 7. Um die Lage der landwirtschaftlichen Pächter zu bessern, werden gemäss dem Pachtschutzgesetz die landwirtschaftlichen Pachten gesenkt und die Pachtverträge verlängert.

----- Unterbotene Notierungen. -----

(Berliner Getreidebörse vom 7. Dezember,

SPD. Das Durcheinander an den Märkten hat sich so gesteigert, dass am Mittwoch die mit Hilfe der Stützungsstellen erzielten amtlichen Notierungen ausserhalb der Börse bei beiden Brotgetreidearten um rund 2 Mark unterboten wurden. Die höheren Preise an der Börse zogen am Mittwoch, noch grössere Mengen Ware heran. Die Stützungsstellen mussten abermals in grösserem Umfange eingreifen. Im Promptmarkt büsste Weizen trotz Stützung rund 2 Mark ein. Stärker wurde am Lieferungsmarkt gestützt, an dem sich gegenüber den Schlusskursen von Dienstag eine Abschwächung für Weizen und Roggen im Ausmass von $\frac{1}{2}$ Mark ergab. Die Dezembernotierung für Weizen verlor sogar 1 Mark. Auch das Geschäft in Hafer lag schlechter.

	<u>6.12.</u>	<u>7.12.</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	183 - 190	186 - 188
Roggen	151 - 153	151 - 153
Bräugerste	170 - 180	169 - 179
Futter- und Industriergerste	161 - 168	160 - 167
Hafer	119 - 124	118 - 123
Weizenmehl	24,00 - 26,60	24,00 - 26,60
Roggenmehl	19,60 - 21,80	19,50 - 21,80
Weizenkleie	9,45 - 9,75	9,40 - 9,70
Roggenkleie	8,80 - 9,15	8,80 - 9,15

Handelsrechtliche Lieferungs geschäfte. Weizen Dezember 201 $\frac{1}{2}$ - 201 $\frac{1}{2}$ (Vortrag 202 $\frac{1}{2}$), März 205 - 204 $\frac{1}{2}$ (205 $\frac{1}{2}$), Mai 208 - 207 $\frac{1}{2}$ (208 $\frac{1}{2}$). Roggen Dezember 162 $\frac{1}{2}$ (163), März 166 $\frac{1}{2}$ - 166 $\frac{1}{2}$ (167), Mai 170 - 169 $\frac{1}{2}$ (170 $\frac{1}{2}$). Hafer Dezember (129 $\frac{1}{2}$), März 131 (132), Mai 133 (135).

Berlin, den 7. Dezember 1932

Ein Orden aus Brasilien.^x

SPD. Wozu verführte früher den und jenen nicht die Eitelkeit, einen Orden zu besitzen und sich damit dem Volke zu zeigen! Die Geschichte der Orden ist zum grössten Teile die Geschichte der menschlichen Eitelkeit. Die folgende Erzählung, die ein erheiternder Beitrag zu dieser Geschichte ist, stammt aus dem Jahre 1913. Im Auswärtigen Amt in der Wilhelmstrasse gab es einen Ministerialrat M., Sekretär des Geheimen Rats R., der sich durch ein ausserordentlich grosses Selbstbewusstsein bemerkbar gemacht hatte. Wer ihn kannte, der wunderte sich nicht, dass dieser Sekretär, nachdem eine völlig unwichtige Angelegenheit mit Brasilien, die er selbst erst durch seine Korrespondenz aufgebauscht hatte, erledigt worden war, das ganze Verdienst der diplomatischen Beilegung für sich in Anspruch nahm.

Sein Kollege E., war das Gegenteil des Sekretärs M., ein Spassvogel und für den Beamtenberuf eigentlich nicht ernst genug. Als E. einige Zeit darauf von einer Ballfestlichkeit mit einem Ordensstern aus silberblänzendem Zeug nach Hause kam, dachte er an seinen Kollegen M., und wie er ihn einmal zum Narren halten könne. Er verschaffte sich alles, was er brauchte, fälschte, siegelte und schrieb einen Brief der brasilianischen Regierung, wonach M. zum Danke für die grossen Verdienste um Brasilien zum Ritter des Südkreuzes ernannt worden sei. Der Briefumschlag war portugiesisch geschrieben; das Siegel hätten auch Kenner auf den ersten Blick für echt gehalten.

Unglücklicherweise traf der Brief mit dem Orden in einem Augenblick bei M ein, als sein Chef, der Geheime Rat R., hinter ihm stand. R. war kein gemüthlicher Chef, misstrauisch und unnahbar. Er sah die offizielle Adresse, bat um Öffnung des Briefes in seiner Gegenwart und musste nun sehen, dass die brasilianische Regierung seinem Sekretär eine Auszeichnung gesandt hatte, die auf alle Fälle ihm selber zugekommen wäre. Weder der Geheime Rat noch sein Sekretär hatten Sitterung für Scherze; keiner von beiden wagte angesichts des blitzenden Sterns an einen schlimmen Scherz zu denken; keiner durchschaute die durchsichtige Mystifikation. Als der Chef das Zimmer verliess, ohne seinen Sekretär zu beglückwünschen, wusste M., was die Glocke geschlagen hatte, doch es beunruhigte ihn nicht. Die Auszeichnung, wenn auch noch so unerwartet, war verdient, und Stolz drückte sich in seinen Mienen aus, als er den Stern probeweise einmal am Knopfloch befestigte.

Inzwischen wurde es dem guten Spassvogel E. doch etwas unbehaglich; der Scherz drohte gefährliche Dimensionen anzunehmen. Der Geheime Rat fand keinen Trost in der Hoffnung, binnen kurzem mit einer noch höheren Auszeichnung bedacht zu werden. Er besass keinen ausländischen Orden, und nun erhielt sein Sekretär einen, - das versties gegen alle guten Sitten! Es war nicht nur eine Verkenning seiner Verdienste, sondern auch eine Beleidigung! Jawoll! Er war übergangen worden, und dahinter musste eine Intrigue stecken!

Eine Stunde später begab sich der Geheime Rat zu einem Kollegen auf dem gleichen Flur und zog ihn ins Vertrauen. Dieser Kollege betrachtete die Sache ruhiger und erklärte sie von vornherein als glatte Unmöglichkeit. Es konnte unmöglich eine Regierung wie die brasilianische einen solchen Verstoss gegen die ungeschriebenen Gesetze riskieren. Ganz ausgeschlossen!

Noch eine Stunde später war der gute Spassvogel E. im Büro des Geheimen Rats, und der Chef fühlte sich bemüssigt, auf die Auszeichnung des Sekretärs

zu sprechen zu kommen. Da E. bereits gemerkt hatte, dass die Ordensauszeichnung schlimmste Folgen haben würde, entschloss er sich zum Geständnis und bekannte den Sachverhalt. Zum Schlusse bemerkte er, dass ihm die Sache selbst höchst peinlich geworden sei; er habe natürlich keine Sekunde gezweifelt, dass der Scherz sofort erkannt werden würde.

Es war sein Glück, dass er diesen Schlusssatz zu seiner Entschuldigung vorbrachte. Der Chef war ausserdem froh, dass die Sache so ihre harmlose Aufklärung fand, und liess den Sekretär kommen. Dieser hatte schon die ganze Zeit hindurch gewusst, dass es dem Chef sehr unangenehm wäre, wenn er den brasilianischen Orden annähme, und erwartete nichts anderes, als dass man ihn bewegen wollte, den Orden abzulehnen. Deshalb sagte er auch gleich, bevor der Chef den Scherz enthüllen konnte, er werde die Auszeichnung ablehnen, weil die hohen Herren offenbar dagegen seien. Darauf erwiderte der Chef nichts weiter als: "Wir wollen darüber nicht weiter reden. Schicken Sie das Ding zurück!"

Ob der Sekretär den Orden wirklich zurückgeschickt hat, darüber ist nicht bekannt geworden.

Marim.

----- Der Funker der "Miami". -----

SPD. Der Funker Petersen war stolz und glücklich. Mit 22 Jahren schon hatte er seine eigene Funkkabine auf einem recht stattlichen Passagierdampfer, der zwischen New York und dem Panamakanal sonnenhungrige Amerikaner, deren Dollarkonto es erlaubte, dem Süden entgegen fuhr. Der Funker Petersen kannte nicht und wollte auch garnicht das Bordleben kennen. Seine Welt war die kleine schmale Funkkabine mit den Radioapparaten, den Empfangs- und Sendegeräten und den metallglitzernden, kleinen Peilantennen. Wie glücklich war Petersen, als er gleich, nachdem er das Funkerexamen mit "gut" bestanden hatte, eine Stellung auf diesem Dampfer fand! So glücklich und stolz, wie Petersen in seiner Kabine sass, konnte kein Kapitän auf der Kommandobrücke sein. Die reichen Amerikaner, die nach der Funkerkabine gingen, um drahtlos auch auf der Vergnügungsreise ihre Telegramme an die Banken und Börsen zu richten, wo ihr Geld für sie verdiente, sahen immer das lachende und freundliche Gesicht des Funkers Petersen von der "Miami". Petersen funkte den ganzen Tag. Seine Hand raste so schnell auf dem Taster herum, dass manchmal der Landsender von New York in den Aether rief: "Hallo, hallo, Funker von der "Miami", nicht zu schnell! Wie Sie funken, kann ja kein Mensch aufnehmen!" Dann piff Petersen lustig vor sich hin, und seine Hand wurde etwas langsamer, blieb aber noch immer so schnell, dass die Hand am New Yorker Empfänger nur so über das Papier fliegen musste, um zu folgen. Abends begann die schönste Zeit für Petersen. Wenn der letzte Wetterbericht aufgenommen, das letzte Börsentelegramm der Herren Passagiere abgegangen war und der New Yorker Sender sein allabendliches: "Good night, "Miami", good night" in den Aether funkte, dann ging Petersen nicht etwa nach oben, wo am Deck unter den Klängen der Jazzband die I.Klasse tanzte und die Schiffsangestellten nur von weitem zusehen und zuhören durften, sondern Petersen blieb Herrscher in seinem Funkreich auch in seiner freien Zeit. Sein stellvertretender Kollege zog sich den Hörer an und horchte als Wachthabender in den Aether hinaus. Petersen aber blieb in der Funkkabine und ging an einen besonderen Radioempfänger, der die Rundfunksender Europas empfing. Europa sang und spielte für den Funker Petersen auf hoher See. Opern und Orchester, alles tönte im Lautsprecher, eine Frau sang von irgendwoher und eine Geige schluchzte auf einer anderen Welle. Diese Augenblicke der Verbundenheit mit der ganzen Welt waren die schönsten im Leben des Funkers Petersen. Er spür-

te die geheimnisvolle unendliche Kraft des Radio, die ihn, einen Einsamen, in einer Kabine auf offener See mitten in Europa hinein stellte. Funker Petersen liebte das Radio und liebte das Leben, weil für ihn das Radio das Leben war....

Die "Miami" kämpfte schwer mit furchtbaren Wellenbergen des Ozeans. Die Jazzband war schon lange verstummt, und alles lag krank an Bord. Herren vergassen den Flirt, und die stolzesten Vertreter der New Yorker Geldaristokratie baten flehend, sie an Land zu bringen. Von der Seekrankheit verschont waren nur sehr wenige. Zu ihnen gehörte auch Petersen. Mit klarem Kopfe sass er in seiner Kabine und funkte, dass New York verzweifelt wieder "stop, stop" schreien musste.

Die Reederei des Schiffes hatte fahrlässigerweise auf dieser Fahrt in einem freien Raume Kisten mit schweren Maschinen für Panama geladen. Unsachgemäss hatte man die Kisten im Laderaum untergebracht, und nun, bei dem hohen Seegang, stürzten die Kisten immer wieder gegen die eine Wand des Schiffes, bis sie sie durchbrachen und das Wasser in den Schiffsraum stürzte. Die "Miami" war ein Luxussschiff, und für den Luxus war genügend gesorgt, aber wenig für die Sicherheit. In wenigen Augenblicken stand der Maschinenraum unter Wasser. Verzweifelt heulte die Sirene auf. Zwei Kessel gingen aus, der dritte explodierte. Die Mannschaft kämpfte bis zur letzten Aufbietung ihrer Kraft, aber vergeblich. Petersen fühlte einen furchtbaren Stoss in seiner Kabine. Sein erster Gedanke galt den Apparaten, durch die und nur durch die eine Rettung herbeigerufen werden konnte. Er schützte mit beiden Händen die Geräte vor den schweren Stössen. Dann legte sich die ganze Funkkabine nach links über und blieb in dieser Stellung. Mit der linken Hand musste Petersen sich an den Tisch klammern, um nicht selbst zu stürzen. Die rechte hielt er krampfhaft am Sender.

Eine Tür zur Funkkabine flog auf. Der Kapitän stürzte bleich herein und schrie nur: "Petersen, SOS!" Petersen nickte stumm. Von draussen hörte er die Rufe: "Alle Mann in die Boote, auch die Mannschaften!" Aber Petersen wusste: er war der Einzige, der Hilfe rufen konnte; also konnte dieser Ruf für ihn nicht gelten. Er musste in der Funkkabine bleiben, bis sich eine Hilfe meldete, um die Andern in den kleinen Rettungsbooten zu bergen. In der Schule hatte der Funklehrer immer gesagt: "Einen Ruf müsst ihr im Traume kennen: SOS, Rettet unsre Seelen". Petersen kannte den Ruf. Aber es war zum ersten Mal in seinem jungen Leben, dass er in den Aether den Hilfeschrei eines Schiffes hinausfunktete. Ganz ruhig drehte Petersen an einem Hebel, und ganz ruhig drückte seine Hand auf den Taster: "SOS - drei Punkte, drei Striche, drei Punkte: - SOS; "Miami" in höchster Seenot". New York funkte den Börsenbericht, London diktierte Tagesnachrichten, der Sender von Panama Petroleumpreise, und niemand hörte die Rufe Petersens, und kein Schiff war in der Nähe! Petersen hörte, wie das letzte Boot das Schiff verliess. Alle hatten ihn vergessen, denn niemand dachte in der Panik an einen Andern, nur Petersen dachte an alle... "SOS, SOS". - Die Funkkabine lag schon ganz schief; Petersen musste sich über seinen Sender beinahe liegend beugen; aber der Sender funktionierte noch. Petersen hatte noch eine Stimme. Er konnte noch für die Boote, die wie Nusschalen auf dem Wasser hin und her geworfen wurden, Hilfe rufen. Für ihn, das wusste er genau, war die Hilfe schon zu spät, denn das Wasser stürzte schon über das ganze Schiff hinweg.

Auf einmal hörte Petersen im Kopfhörer schwache Funkzeichen: "Frachtdampfer "Byron", "Miami", wir eilen Ihnen zu Hilfe, aber Sie müssen funken, funken, damit wir den Standort ihrer Boote anpeilen können!" Petersen funkte, er funkte noch, als das Wasser schon in seine Kabine stürzte. Dann kam ein Ruf vom "Byron": "Danke, "Miami", Standort genügt. In halber Stunde bei Ihnen!" Petersen versuchte garnicht mehr, aus der Kabine zu gelangen. Es hätte auch

keinen Zweck mehr gehabt, denn draussen war nur noch Wasser, und gleich musste das Schiff sinken und alles Nahe mit sich in die Tiefe reissen. Auch gingen die Türen überhaupt nicht mehr auf. Der Funker Petersen, 22 Jahre alt, zum erstenmal auf grosser Fahrt, griff an sein Lieblingsgerät, das die europäischen Sender brachte... Noch arbeiteten die Batterien, und während das Wasser die geschlossenen Türen ganz aufbrach und Petersen entgegenstürzte, klang aus dem Lautsprecher die Geige von Europa, die Geige, die Petersen so liebte. Vielleicht waren seine Züge deshalb so lächelnd, als er starb.....

+ + +
New Yorker Blätter haben nicht viel Platz für Dinge, die ausserhalb der Gesellschaft oder der Börse liegen. Die Katastrophe der "Miami" wurde breit beschrieben, doch nur deshalb, weil ja die Passagiere, die sämtlich gerettet wurden, Angehörige der "grossen Gesellschaft" waren. Auf der letzten Seite war nur eine kurze Notiz: "Die Katastrophe der "Miami" forderte, wie wir soeben hören, doch ein Todesopfer. Der Funker des Schiffes wird nämlich vermisst..."

Mehr Platz liess der Umbruch der Zeitung für Petersen nicht übrig, und nur der Kollege am New Yorker Sender sagte: "War ein feiner Funker, der Petersen, wenn auch verdammt schnell..."

Nathan Gurdus.

Gustave Eiffel.^x

(Zu seinem 100.Geburtstage am 15.Dezember.)

SPD. Mit dem modernen Wahrzeichen der französischen Hauptstadt, mit dem Eiffelturm, ist für die Allgemeinheit der Name Gustave Eiffel fast ausschliesslich verknüpft. Die Riesenkonstruktion dieses Turms entstand anlässlich der Pariser Weltausstellung von 1889. Eine eigentliche Zweckbestimmung hatte der 300 m hohe Turm ursprünglich nicht. Erst später verwandte man ihn für physikalische und meteorologische Beobachtungen und schliesslich auch als Funkstation. Doch zunächst sollte der Turm nur die Leistungsfähigkeit der modernen Technik versinnbildlichen. Eiffels grosses und erst in der jüngsten Zeit richtig abschätzbares Verdienst ist es, dass dieses Sinnbild nicht zu einem architektonischen Monstrum wurde, wie es bei ähnlichen Aufgaben gerade im Zeitalter der Technik leider geschehen ist. Manglaubte damals, die scheinbare Hässlichkeit der Eisenkonstruktion äusserlich durch Nachahmung historischer Stilformen verdecken zu müssen. Eiffel erkannte grundsätzlich die Unsinnigkeit dieser Bemühungen. Es ist keine Rechtfertigung, sondern ein Ausdruck der Klarheit eines echt aus dem Zeitgeist heraus empfindenden künstlerischen Charakters, wenn Eiffel auf einen Protest damals angesehener französischer Schriftsteller, Maler, Bildhauer und Architekten gegen die "Errichtung dieses unnützen, monströsen Eiffelturms" stolz erwiderte: "Ich glaube fest, dass mein Eiffelturm seine eigentümliche Schönheit haben wird. Stimmen die richtigen Bedingungen der Stabilität nicht jederzeit mit denen der Harmonie überein? Die Grundlage aller Baukunst ist, dass die Hauptlinien des Gebäudes vollkommen seiner Bestimmung entsprechen. Welches aber ist die Grundbedingung bei meinem Turm? Seine Widerstandsfähigkeit gegen den Wind! Und da behaupte ich, dass die Kurve der 4 Turmpfeiler, die der statischen Berechnung gemäss von der gewaltigen Massigkeit ihrer Basen an in immer luftigere Gebilde zerlegt zur Spitze emporsteigen einen mächtigen Eindruck von Kraft und Schönheit machen werden." - Das ist das Bekenntnis eines im wesentlichen auch schöpferisch begabten Ingenieurs, der durchaus nicht auf nur rechnerischem Wege sein Monumentalwerk hätte schaffen können, wenn er die Form nicht in den wichtigsten Umrissen vorgeahnt hätte, denen er dann mit dem Rechenstifte folgte.

Ganz im Zeitsinne ist Eiffel allmählich dazu gelangt, durch die Eisenkonstruktion bedingte Bauten nicht nur zu bauen, sondern auch durchzuführen. Am 15. Dezember 1832 in Dijon geboren und nach dem Besuch der üblichen französischen höheren Schulen betreibt er in Paris chemische Studien, die er mit dem Diplom eines Ingenieurs der Chemie abschliesst. Wahrscheinlich wäre er auf diesem Gebiet über das Format eines guten Theoretikers nicht hinausgekommen, wenn ihm nicht der Zufall und seine zeichnerische Begabung gänzlich neue Wege gewiesen hätten. Er kommt in das Büro von Charles Nepveu, dem zahlreiche, mit dem Eisenbahnwesen verknüpfte Aufgaben unterstehen. Der junge Eiffel ist bald der engste Mitarbeiter seines Chefs. Die Hauptprobe seiner Bewährung leistet er dabei in der Planung grosser Brückenbauten, die nicht mehr wie bisher nach vorgefassten und aus der Vergangenheit abgeleiteten Schönheitsbegriffen, sondern rein zweckdienlich auf Grund der besonderen Landschaft, der klimatischen Verhältnisse, des verwendeten Materials und der zur Verfügung stehenden Mittel konzipiert wurden. Die Eisenkonstruktion war damals erst in den Anfangsstadien ihrer Entwicklung. Bis auf den 1851 in London entstandenen Kristallpalast waren alle mit Hilfe dieses technischen Mittels durchgeführten Bauten Anzeichen einer mitunter grotesk anmutenden Stilunsicherheit. Ablehnen konnte man die Eisenkonstruktion schon deshalb nicht, weil sie zumal für die reinen Zweckbauten unbedingte Vorteile bot. Um aber das sogenannte künstlerische Gewissen zu beruhigen, verfälschte man den Charakter des Materials selbst oder deckte das Ganze mit Scheinfassaden zu, anstatt aus den elementaren Bedingungen des Materials einen neuen Stil herauszubilden. In dieser Hinsicht wird Eiffel mit seinen Brückenbauten bahnbrechend, weil er scheinbar nur ein von seinen Konstruktionsplänen bestimmter Ingenieur bleibt, während die ungewöhnliche formale Klarheit als Produkt eines ebenso klaren künstlerischen Empfindens erst bei genauerer Betrachtung und durch Vergleich mit ähnlichen Bauten seiner Zeit deutlich wird.

Unter Eiffels hauptsächlich in Portugal ausgeführten Brückenbauten ist der "Pont Maria-Pia" über den Douro deshalb von besonderer Bedeutung, weil hier unter den schwierigsten Wasserverhältnissen eine vollkommen neue Lösung geboten schien. Eiffels Zeitgenossen hätten in diesem Falle, wo die Anbringung tragender Pfeiler durch den tiefen Wasserstand fast unmöglich erschien, sich mit kostspieligen Verlegenheitslösungen begnügt. Eiffel dagegen ging verantwortungsbewusst und sachgerecht zugleich an das unbedingt schwierige Problem heran. Er überzog den Flusslauf mit einem einzigen kühnen Bogen, dessen Konstruktion vorbildlich für die späteren Ingenieurgeschlechter geworden ist, und dessen einzigartiger Wurf die nachfolgende Kühnheit in der Konstruktion des Eiffelturms vorahnen liess.

Eiffel selbst war inzwischen aus einer untergeordneten in eine führende Stellung aufgerückt. Er war der Wortführer eines neuen Stilempfindens geworden; an zahlreichen Gesellschaften war er damals autoritativ und ungewöhnlich massgebend beteiligt. Nur so konnte er es auch ausdrücken, dass ihm der Auftrag zur Errichtung des Eiffelturmes zufiel. Zum Verderben wurde es ihm schliesslich, dass er auch finanziell eine Macht darstellte. Er wurde in die berüchtigte Panama-Affäre verwickelt, und wenn seine Schuld oder Unschuld auch heute immer noch nicht ganz klar ist, so verlor er damals doch seine grosse Position. Einsam und fast unbemerkt starb er 1923 in Paris im biblischen Alter von 91 Jahren. Seine Bedeutung als überragender Bahnbrecher auf technisch-künstlerischem Gebiete bleibt bestehen.

Dr. O. Brattskoven.

SPD. Von Marseille aus nahm mich Fezzara II mit zum Fischfang aufs Mittelmeer. Es war schwer gewesen, vom Kapitän die Erlaubnis dazu zu erhalten. Dieser kleine Dampfer war nicht für Reisende und schon gar nicht für Frauen eingerichtet. Der ganze Luxus für die zehn Mann der Besatzung bestand in einer engen, harten Koje zum Schlafen und in ein paar alten Kisten auf Deck, auf denen sie beim hastigen Essen hockten. Wenn sie sonst ein Bedürfnis hatten, so lehnten sie sich einfach über Bord. Es war verwunderlich, dass die Leute überhaupt noch Zeit zu privaten Dingen fanden und bei guter Laune waren. Denn pünktlich nach der Uhr alle drei Stunden rattern die Dampfwinden los und ziehen die vierhundert Meter langen Trossen ein, an denen das riesige Sacknetz weitaus hinter uns über den Meeresboden schleppt. Wenn es schon auf der Oberfläche sichtbar wird, wendet das Boot um neunzig Grad, und das Netz wird über Flaschenzüge vorn am Bug aus dem Wasser gehoben. Und während der Dampfer langsam wieder in die Fahrtrichtung dreht und die Trossen mit dem zweiten Netz am Heck wieder ins Meer gelassen werden, entknoten die Männer am Bug die dicke Schnur, die das dreissig Meter lange Sacknetz unten zusammenhält, Ueber Hände und Füsse stürzt ihnen die Beute - mehr als hundert Kilo sind es jedesmal. Gleich darauf kauert die ganze Mannschaft um den zappelnden Berg und sortiert ihn in grosse Kästen, deren jeder fünfzehn Kilo fasst. Zwei, drei Fischarten stechen mit giftigem Stachel oder spitzem Schwanz. Die fliegen unter den Flüchen der Männer wieder zurück ins Meer. Die Hände und Füsse der Männer sind zerstoichen und zerrissen, ausgelaugt von dem scharfen Salzwasser und dicht mit schwärenden Wunden bedeckt.

Solari, den Dümsten und Dreckigsten, hat man zum Koch gewählt. Wenn der Fang nicht zu gross oder das Meer nicht zu unruhig und darum ein Mann entbehrlich ist, so waschen und verstauben die Andern die Fische und säubern das Boot auch ohne ihn. Dann kriecht Solari nach dem kleinen Herde, der, kaum gegen den Wind geschützt, frei auf Deck steht, und bereitet irgendein Fischgericht: Fisch zum Morgen, Fisch zum Mittag, Fisch zur Nacht, auf dem Rost gebraten oder auch zur berühmten Fischsuppe "Bouillabaisse" gekocht. Bei schlechtem Wetter aber hat niemand für diese Dinge Zeit und Lust. Dann essen einige von ihnen einfach die kleinsten Fische roh oder ziehen kleine Quallen durch ein schmutziges Häufchen Salz und schlucken sie wie Austern. Im übrigen gibt es trocknes Weissbrot, und jeder giesst sich nach Belieben riesige Mengen von Rotwein gleich aus der dicken Flasche in den Hals. Die kurze Stunde, die danach noch bleibt, liegen sie dann wie tot in ihrer Koje. Doch ist das immer eine schwere Ruhe, die sie dort finden. Im Sommer steht die Hitze dick in den winzigen Räumen. Während des Herbstes und Winters aber jagt der Sturm und bringt das kleine Schiff zum Schaukeln. Zu dieser Zeit ist auch die Arbeit doppelt schwer. Das Wasser, das beim Netzeziehen auf die Männer niederregnet, ist eisig kalt, die Hände sind klamm und müssen unaufhörlich nach einem Halt suchen, und die Füsse glitschen über die nassen Planken und die zappelnde Beute. Bei unruhigem Wetter gehen überdies die Fische nicht so leicht ins Netz. Und doch hat all das Schuften der Männer keinen Sinn, wenn sie zu wenig nach Marseille bringen. Denn sie werden nach dem Fang bezahlt. Vor Gesamterlös werden zunächst die laufenden Kosten für Kohle, Oel, Essen der Mannschaft und andre Dinge gedeckt. Der Rest wird in vierundzwanzig gleiche Beträge aufgeteilt. Davon erhält der Schiffsbesitzer und Unternehmer zwölf, und die letzten zwölf bleiben schliesslich den zehn Mann der Besatzung. Im Durchschnitt verdienen sie im Monat wohl hundertfünfzig Mark.

Ein echter Franzose drängt sich an so einer harten, schmutzigen und schlecht bezahlten Arbeit nicht. Er überlässt sie gern denen, die aus aller Herren Länder nach Frankreich kommen und dort im Bergbau, bei Erd- und Stras-

senarbeiten oder eben auf Marseiller Schiffen eine Chance finden. Auf Fezzara II waren von zehn Mann der Besatzung nur drei Franzosen. Drei waren Italiener, zwei Algerier, der Heizer war ein Araber und der Jüngste an Bord ein Bulgare. Bis sie sich hier zusammenfinden, liegt schon ein ganzes Schicksal hinter ihnen. Aber die Erinnerung daran ertrinkt im grauen Einerlei ihres Tagewerks ebenso wie die Buntheit ihrer Sprachen und Sitten. Nur bleibt jeder ein Einzelgänger; keiner fühlt sich mit dem andern solidarisch. Hinzu kommt, dass eine unauslöschliche Unruhe sie treibt. Nur wenige an Bord gehören seit länger aus einem Jahre zur Besatzung. Oft hoffen sie, auf einem andern Boote mehr zu verdienen; oft wollen sie auch nur den Wechsel um des Wechsels willen.

Was gibt ihnen schon der kurze Tag, der ihnen hin und wieder für den Hafen bleibt! Unter der Woche kehren sie nur nach zwei, drei Tagen in später Nacht zurück, um die Fische auf den Markt zu bringen, und am andern Morgen geht es wieder hinaus aufs Meer. Nur wenige Lichtpunkte zeigt ihr Leben: Hochzeit, Kindtaufe, Kommunion. Und diese Tage feiern sie mit ungeheurem Prunk. Sie stellen für eine Woche ganz die Arbeit ein, mieten sich Autos, kaufen sich teure Kleider, essen, trinken, laden alle Welt zu Gast. Bei solchen Festen sieht man Frauen, die zum erstenmal in ihrem Leben einen Hut auf dem frisierten Kopfe tragen, und Männer in den ersten Lederschuhen. Unter der Last der Schulden seufzen sie dann bis an ihr Ende. Wie sollten sie es besser wissen? Niemals in ihrem Leben haben sie etwas gelernt. Nur wenige von ihnen können lesen und schreiben. Das für ihr Leben Wichtige werden sie ja schliesslich auch ohnehin erfahren. Gerüchte finden hier den besten Boden. So fragte mich an Bord einmal der Italiener Guido: "Ist es wahr, dass sie in Deutschland den Kaiser wieder haben und jetzt Krieg gegen Frankreich machen wollen?" Das klang, als wenn er sich nach den Hottentotten erkundigte.

Lilo Linke.

----- Weihnachtsspiele und Weihnachtsbaum.^x -----

SPD. Neuerdings streiten sich die Volkskundler darüber, ob der Weihnachtsbaum zuerst in den Familien gebräuchlich gewesen oder umgekehrt aus der Kirche in die Familien eingezogen sei. Die Einen verweisen darauf, dass noch ziemlich spät die Geistlichkeit gegen den Brauch geeifert habe, Zweige und Büsche von Tannen, Stechpalmen und andern immergrünen Bäumen und Sträuchern in den Stuben aufzustellen, um in dem frischen Grün Zeugen kraftvollen Lebens zu haben. Ebenso richtig aber ist es, dass in den Kirchen Süddeutschlands grosse Tannenbäume aufgerichtet wurden, die als Gegenstück zu den germanischen Maibäumen angesehen wurden. Um diese winterlichen Maibäume herum wurden die Advents- und Krippenspiele aufgeführt, deren es eine Unmenge gab, und die durch Jahrhunderte sogar als Schulspele beliebt waren. Solcher Spiele gab es z.B. von der Kindheit Christi um 1400 in St. Gallen; auch das Dreikönigsspiel war sehr beliebt. Die höfische Eleganz dieses Weihnachtsspiels ist niemals wieder erreicht worden. In der Reformationszeit traten die bürgerlichen Elemente in den Spielen immer stärker hervor, und zur Zeit der Meistersinger gewann auch die Komik immer grösseren Einfluss in ihnen. Damals fügte man diesen Spielen auch das sogenannte "Kindelwiegen" ein. Nachweislich ist es in Rom schon im fünften Jahrhundert in der Kirche Maria Maggiore sehr beliebt gewesen. Namentlich die Franziskaner haben die Krippe später immer weiter nach Norden getragen und sie unter den Weihnachtsbäumen mit Gesang und Tanz beliebt gemacht. In Deutschland hat man die Krippe gern als Wiege Jesu betrachtet. Das Kindelwiegen ist zuerst in Salzburg um die Mitte des 14. Jahrhunderts geschätzt. Da sehen wir denn, wie gerade um diese Krippe Geistliche (Mönche und Nonnen)

und Laien die Weihnachtsbäume umtanzen und sich der Geburt Jesu freuen. In diesen Adventsspielen gesellt sich in Österreich-Schlesien der Schimmelreiter hinzu, der die Rolle des Nickel oder Josef übernommen hat. Ganz Mitteldeutschland kennt diese Rolle.

Der Weihnachtsbaum hat nur sehr langsam in den Familien seinen Einzug gehalten. Luther kennt den häuslichen Christbaum noch nicht. Erst um 1600 hören wir zum ersten Male, dass man eine geschmückte Stechpalme oder Tanne in der Stube gehabt habe. 1785 ist der Baum in Strassburg mit Lichtern geschmückt. Goethe und Schiller hatten zu Hause noch keinen Christbaum. Goethe lernt ihn erst als Student in Leipzig kennen. Um 1850 ist er erst in wenigen Dörfern Mecklenburgs bekannt, und in der Lüneburger Heide kommt er erst vor gar nicht langer Zeit zum ersten Male vor. Die Franzosen sahen ihn im Jahre 1870 bei unsren Soldaten, und auch im Weltkrieg begegnen sie ihm wieder bei den Deutschen und übernehmen ihn nun. Heute fehlt er fast in keinem Erdteile mehr. Sein Siegeszug ist unaufhaltsam gewesen. Diese vielleicht deutschesten Sitte wird allmählich überall angenommen. In London ist der Christbaum bereits seit 1840 bekannt, seit der Heirat der Königin Viktoria mit dem deutschen Prinzen Albert. Sonst aber hat in England seit dem Mittelalter bis auf unsre Zeit der Mistelzweig die Wohnräume geschmückt.

Die deutschen Weihnachtsspiele sind in andern Ländern nicht mit übernommen worden - ein Zeichen, wie stark allein die im Christbaum liegende Gemüts-tiefe auch auf andre Völker wirkte. Dabei darf aber nicht übersehen werden, dass es sich ursprünglich bei diesem deutschen Brauch gar nicht so sehr um einen Weihnachtsbaum als vielmehr um einen Jahreswechselbaum und Lebensbaum gehandelt hat. Die Germanen konnten ja den Jahreswechsel noch nicht durch Berechnung festlegen. Daher wurden diese grünen Bäume oder Zweige an den Häusern oder Ställen, sogar an den Dorfbrunnen zum Wohle des Hauses oder der Gemeinde zwischen dem Nikolaustag und Weihnachten aufgestellt. Und die Jungfrauen umtanzten sie. So weit ging der Glaube an die Wirkung dieser Sträucher und Bäume, dass Sebastian Brant im Jahre 1494 singen konnte:

Und wer nit etwas Neues hat
und um das neue Jahr singen gat (geht)
und grünes Tannenreis steckt an sein Haus,
der meint, er leb' dies Jahr nit aus.

Der Weihnachtsbaum ist also ursprünglich ein Schutzbaum. Deshalb bekämpfte ihn auch die Prediger Geiler von Kaisersberg und Dannhauser als heidnische Sitte. Heute ist ein deutsches Weihnachtsfest ohne diesen Baum kaum noch denkbar. Die Verbindung zwischen dem heidnischen Ursprung - dem Wintermaien - und dem kirchlichen Brauch ist vollkommen geworden.

Dr. K. Müller.

SPD. Achtzig Jahre Semmeringbahn.^x Die erste Eisenbahn, die über ein Gebirge führte, ist die Semmeringbahn bei Wien. Sie wurde in den Jahren 1850 bis 1853 erbaut und kostete etwa 20 Millionen Gulden. Sie musste über 16 Viadukte und durch 15 Tunnel geführt werden. Der längste Viadukt führt in einer Länge von 280 Metern über das Scharzatal. Der höchste Punkt der Bahnstrecke liegt 896 Meter über Meereshöhe. Erbauer der Bahn ist Karl Ritter von Gegha.

Deutscher Reichstag

2.Sitzung am 7.Dezember, 2 Uhr.

SPD. Reichstagspräsident Göring eröffnet um 2 Uhr 10 Minuten die Sitzung und teilt das Ergebnis der Schriftführer-Wahl mit. Die Mitteilung, dass auch Abg. Dr. Hugenberg (Dn) mit 291 Stimmen zum Schriftführer gewählt sei, wird mit grossem Gelächter und Beifallsklatschen aufgenommen. Von Nationalsozialisten wird gerufen: "Der grosse Schriftführer Deutschlands!" Der Präsident teilt weiter mit, dass nach der endgültigen Feststellung der Abg. Löbe (Soz) zum Vizepräsidenten gewählt worden sei.

Abg. Dr. Frick (Natsoz) beantragt, in namentlicher Abstimmung eine Wiederholung der Vizepräsidentenwahl zu beschliessen. Die Nationalsozialisten bezweifelten, dass die Wahl des Abg. Löbe zum Vizepräsidenten einwandfrei festgestellt sei.

Abg. Dittmann (Soz) widerspricht einer Wiederholung der Wahl, deren Ergebnis amtlich einwandfrei festgestellt sei.

Abg. Torgler (Komm) erklärt sich gleichfalls gegen eine Wiederholung der Wahl und betont, dass diese Stellungnahme nicht politisch zu werten sei. Zurückgewiesen werden müsse die von Dr. Frick ausgesprochene Verdächtigung der Beamten des Reichstags. Sie seien zuverlässiger als die Schriftführer.

Abg. Dr. Frick (Natsoz) erklärt, er habe die Reichstagsbeamten nicht verdächtigen wollen, aber es könnte doch Irrtümer vorgekommen sein. Dem Schriftführer Lawerrenz (Dn) seien beispielsweise verschiedene Stimmzettel heruntergefallen.

Abg. Leicht (Bayr.Vp): Das amtliche Ergebnis muss selbstverständlich als das endgültige gelten. Eine Wiederholung der Wahl ist garnicht zulässig.

Als Präsident Göring die namentliche Abstimmung über den Antrag Dr. Frick vornehmen will, erhebt Abg. Leicht (B.Vp) Einspruch gegen die Zulässigkeit dieser Abstimmung.

Abg. Dr. Frick (Natsoz) beantragt nunmehr namentliche Abstimmung über die Zulässigkeit der Abstimmung.

Diese Abstimmung ergibt die Ablehnung der Zulässigkeit mit 289 gegen 201 Stimmen bei 58 Enthaltungen. Für die Zulässigkeit haben mit den Nationalsozialisten die Mitglieder der Deutschen Volkspartei gestimmt. Die Deutschenationalen haben Stimmenthaltungs-Karten abgegeben.

Präsident Göring richtet an den Abg. Löbe (Soz) die Frage, ob er das Amt des Vizepräsidenten annehme.

Abg. Löbe (Soz): Ich will nicht verschweigen, dass ich gestern bei Bekanntgabe des amtlichen Ergebnisses Zweifel hatte, ob ich diese Wahl annehmen sollte. Nachdem heute durch die gütigen Bemühungen des Abg. Dr. Frick diese Zweifel beseitigt sind (gr.Heiterkeit), nehme ich das Amt an. (lebh. Beifall b.d.Soz.)

Bei der dann folgenden Bekanntgabe der eingegangenen Schreiben erregt grosse Heiterkeit die Mitteilung, dass der Abg. Schneller (Komm) wegen Beleidigung des Herzogs Adolf Friedrich von Mecklenburg verklagt worden ist.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält Abg. Hell-Brandenburg (Komm) zu einer Erklärung das Wort. Er teilt mit, dass bei der furchtbaren Explosionskatastrophe in Premnitz dreissig Arbeiter unter den Trümmern begraben und zehn getötet worden sind. - Alle Abgeordneten erheben sich spontan von den Sitzen. - Abg. Hell fährt fort: Diese Katastrophe war nur möglich durch die unerhörten Antreibermethoden. Diese Bemerkung wird von rechts und aus der Mitte mit stürmischen Pfui!-Rufen und Entrüstungskundgebungen beantwortet. Vizepräsident Esser ersucht den Redner wiederholt vergeblich, bei der Sache zu bleiben und entzieht ihm schliesslich das Wort. Abg. Hell

spricht trotzdem weiter und verlangt die sofortige Beratung eines kommunistischen Antrags, der eine Untersuchung der Ursachen der Katastrophe und Hilfsmassnahmen für die Opfer fordert.

Vizepräsident Esser spricht sein Bedauern darüber aus, dass der Redner die alle Gemüter erschütternde Mitteilung von der schweren Katastrophe zu politischer Agitation missbraucht habe.

Gegen den kommunistischen Antrag wird kein Widerspruch erhoben. Er soll am Schluss der Tagesordnung behandelt werden.

Auf der Tagesordnung, in die nunmehr eingetreten wird, steht als erster Punkt der nationalsozialistische Gesetzentwurf, wonach der Reichspräsident im Falle seiner Verhinderung durch den Präsidenten des Reichsgerichts vertreten werden soll. Die Antragsteller nehmen zunächst nicht das Wort.

Abg. Schneller (Komm) erklärt, das Reichsgericht stehe unter so starkem nationalsozialistischen Einfluss, dass nach dem Ausscheiden des jetzigen Präsidenten sein Nachfolger sicher ein Nationalsozialist sein werde. Der Redner richtet dann scharfe Angriffe gegen den Reichspräsidenten von Hindenburg.

Die Kommunisten klatschen Beifall und rufen dreimal im Sprechchor: "Nieder mit Hindenburg!"

Vizepräsident Esser: Wegen dieses unerhörten Ausfalls gegen den Herrn Reichspräsidenten rufe ich den Redner zur Ordnung und mache darauf aufmerksam, dass ich bei einer Wiederholung mit schärferen Massnahmen vorgehen werde.

Abg. Schneller (Komm) setzt seine Angriffe auf den Reichspräsidenten fort. Die Kommunisten rufen wieder dreimal "Nieder mit Hindenburg!". Auf der rechten Publikumstribüne stimmt ein Besucher dreimal laut in die Nieder!-Rufe ein. In dem Lärm, der im Hause herrscht, ist nicht zu hören, was der Vizepräsident sagt. Abg. Schneller fährt dann fort: Hindenburg ist auch der Präsident des Versailler Systems!

Wieder rufen die Kommunisten dreimal "Nieder mit Hindenburg!" Wieder beteiligt sich der Tribünenbesucher laut mit erhobenem Arm an dieser Kundgebung. Ein Reichstagsdiener spricht mit ihm, lässt ihn aber auf der Tribüne. Andere Besucher derselben Tribüne dringen auf den Demonstranten ein und drängen ihn unter Faustschlägen zur Tür. Die Kommunisten im Saale brechen beim Anblick dieser Szene in lärmende Verwünschungen gegen die Tribünenbesucher aus. Auf der Tribüne sind inzwischen auch einige uniformierte Nationalsozialisten erschienen. Es entwickelt sich oben eine Schlägerei, die von den Kommunisten im Saal mit "Nieder!"-Rufen gegen Hindenburg begleitet wird. Während des allgemeinen Tumults hat Vizepräsident Esser seinen Platz verlassen und damit die Sitzung unterbrochen.

Nach etwa dreiviertelstündiger Pause eröffnet Vizepräsident Esser die Sitzung wieder mit der Mitteilung, dass der Reichstagspräsident die Vorgänge untersuchen und nach dem Abschluss berichten werde. Sollten sich weitere Störungen von den Tribünen zeigen, so würden sämtliche Tribünen geräumt werden.

Abg. Torgler (Komm) erklärt, er müsse dagegen protestieren, dass in den Umgängen des Reichstags mit Koppeln bewaffnete SS- und SA-Leute als Hilfspolizisten des Reichstagspräsidenten fungierten. (Lärm b.d. Nat. Soz. und Rufe: "Unverschämte Lüge!").

Hierauf wird die Aussprache über das von den Nationalsozialisten eingebrachte Präsidenten-Vertretungsgesetz fortgesetzt.

Abg. von Freytagh-Loringhoven (Dn) spricht sich gegen den Gesetzentwurf aus. Die politische Führung des Reiches sollte nicht einem Mann anvertraut werden, der die ganz unpolitische Stellung des Reichsgerichtspräsidenten einnimmt. Die Bedenken gegen einen solchen Plan werden verstärkt durch die Erinnerung an das Urteil des Staatsgerichtshofs im Streit Reich-Preussen, das sehr anfechtbar sei. Die Annahme des Gesetzentwurfs würde auch die Folge haben, dass man den Präsidenten des Reichsgerichts nicht nach rein rechtlichen,

sondern auch nach politischen Gesichtspunkten ausgewählt. Auf diese Weise würde ein republikanischer Kronprinz entstehen, den wir ablehnen. (Abg. Dr. Breitscheid (Soz): "Ihr wollt den anderen Kronprinzen!" - Heiterkeit.) Jedenfalls werden wir das von Ihnen untergeschobene Ziel nicht durch Anträge zum Artikel 51 der Verfassung zu erreichen suchen. Wir lehnen den Entwurf ab und beantragen: "Der Reichspräsident bestimmt seinen Vertreter für den Fall seiner Verhinderung. Der Vertreter muss den Bedingungen entsprechen, die für den Reichspräsidenten gestellt sind." (Lachen b.d.Nat.Soz.) Wir wollen dass der Reichspräsident durch politisches Testament seinen Vertreter für die Zeit bis zu den Neuwahlen bestimmt. Wir sehen in dem nationalsozialistischen Entwurf eine Ueberspannung des demokratischen Gedankens. Wir bedauern die gestrigen Angriffe des Alterspräsidenten gegen den Reichspräsidenten, dessen geschichtliche Stellung ihn vor solchen Angriffen schützen sollte. (Beifall b.d.Dn.)

Abg. Dr. Breitscheid (Soz)

geisselt zunächst die allerdings sehr bequeme Methode der NS., selbst einen verfassungsändernden Antrag nicht mit einer Begründung zu versehen und sich auch die Begründung vor dem Reichstag zu sparen. So müsse man sich eben selbst die Begründung machen. Wenn der Vorredner die Eignung des Reichsgerichtspräsidenten zur vertretungsweisen Ausübung des Reichspräsidentenamts damit bezweifelt hat, dass der Reichsgerichtspräsident in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Staatsgerichtshofes immer mehr in politische Dinge hineingezogen werde, so kann man als Beweis dafür doch nicht, wie Herr von Freytagh-Loringhoven es getan hat, das Leipziger Urteil über die Vorgänge in Preussen heranziehen. Allerdings hat das Leipziger Urteil einen Zustand geschaffen, den der Vorredner mit dem Ausdruck "Komödie" noch viel zu milde bezeichnet. Dieses Urteil ist gewiss schlecht unter juristischen und unter politischen Gesichtspunkten. Aber dieses eine Urteil kann uns deshalb nicht veranlassen, den Präsidenten des Reichsgerichts nicht als geeigneten Anwärter auf die Stellung des Reichspräsidenten anzusehen. Gewiss ist die Stellung des Reichsgerichtspräsidenten bereits im gewissen Grade politisiert dadurch, dass er zugleich Vorsitzender des Staatsgerichtshofes ist; als solcher kann er in Umstände geraten, unter denen er nicht immer mit vollem Erfolg seine politische Neutralität aufrecht erhalten kann, nämlich dann, wenn das Urteil des Staatsgerichtshofes nicht nur rein juristischen Charakters ist, sondern von politischen Erwägungen, mögen sie berechtigt oder unberechtigt sein, mit beeinflusst ist. Wir haben also schon jetzt im gewissen Grade eine Politisierung des Amtes des Präsidenten des Reichsgerichts. Ich kann mir nicht vorstellen, wenn Sie nicht gerade auf der testamentarischen Erbfolge bestehen, dass es nicht möglich sein sollte, irgend einen Beamten zu finden, der in dieser Beziehung nicht grössere Garantien böte, als der vorliegende Gesetzentwurf vorsieht. Wir werden dem Gesetzentwurf zustimmen, weil wir ihn besonders deshalb für notwendig halten, um grosse Gefahren abzuwenden, die in der letzten Zeit unter dem Einfluss der Freunde des Herrn von Freytagh-Loringhoven keine ganz unbeträchtliche Rolle gespielt haben, sondern für das deutsche Volk und die deutsche Republik akut geworden sind. (Lebh.Beifall der Soz.)

Abg. Dr. Bredt (W.P) begrüsst die Vorlage, die vom

Abg. Torgler (Komm) bekämpft wird. Auch er nennt den Reichsgerichtspräsidenten den Exponenten der faschistischen Diktatur gegen die Arbeiterklasse.

Damit schliesst die erste Lesung; in der zweiten Lesung wird ein deutsch-nationaler Antrag auf Ausschussberatung gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Der vom Abg. v. Freytagh begründete Änderungsantrag, wonach der Reichs-

präsident selbst seinen Vertreter bestimmen soll, wird gleichfalls gegen die Antragsteller in einfacher Abstimmung abgelehnt. Für die von den Deutsch-nationalen verlangte namentliche Abstimmung war die erforderliche Unterstützung durch 50 Abgeordnete nicht vorhanden. Nachdem Abg. Leicht (Bayr.V.) den von seiner Fraktion eingebrachten Entwurf zugunsten des gleichlautenden nationalsozialistischen Entwurfs für das Reichspräsidentenvertretungsgesetz zurückgezogen hat, wird der nationalsozialistische Entwurf mit allen gegen die Stimmen der Kommunisten und Deutschnationalen angenommen.

Die dritte Beratung kann wegen eines Einspruchs der Kommunisten erst in der nächsten Sitzung vorgenommen werden.

Es folgt die erste Beratung der Anträge des Zentrums, der Sozialdemokraten und der Nationalsozialisten auf Änderung der Notverordnung vom 4. September in ihrem sozialpolitischen Teil, auf Winterhilfe und Arbeitsbeschaffung.

Abg. Torgler (Komm) weist darauf hin, dass kein Mitglied der Reichsregierung diese Sitzung besucht hat. Er beantragt die Herbeirufung des Reichskanzlers zu der jetzt bevorstehenden sozialpolitischen Debatte. - Der kommunistische Antrag wird gegen die Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten abgelehnt.

Abg. Karsten (Soz)

bringt zunächst mit ein paar kräftigen Worten kommunistische "Begrüßungsrufe" zum Schweigen. Er wendet sich dann den Papen-Verordnungen zu: Papen hat seine Tätigkeit mit dem ausserordentlich bezeichnenden Satz begonnen, das Volk müsse sich anpassen an die Armut der Nation. Seine Praxis hat gezeigt, dass er darunter nichts anderes versteht, als auf die Volksrechte zu pfeifen, und dass das Volk Hunger und Elend gleichgültig ertragen müsse. Die Notverordnung vom 14. Juni ist das Schlimmste was wir in der Nachkriegszeit erlebt haben. Den Unfallbeschädigten wurden die Renten bis 15 % gekürzt, den Kriegsbeschädigten die Renten um 50 Millionen, die Arbeitslosenunterstützung um 500 Millionen herabgesetzt, den Arbeitsinvaliden 6 bis 7 Mark von ihrer höchstens 36 Mark betragenden Monatsrente genommen, den Knappschaftsinvaliden, die viele Jahre unter der Erde gearbeitet haben, 12 Mark von ihrer Pension gestrichen. Auch die Angestelltenversicherungsrenten wurden gekürzt. Ausserdem wurde noch verordnet, dass der Ertrag aus der Beschäftigtensteuer den Gemeinden nur zufließt, wenn sie die Wohlfahrtsunterstützungen vorher entsprechend gekürzt haben. Im ganzen hat man den Hilfsbedürftigen 1500 Millionen Mark im Jahre entzogen, - den gleichen Betrag aber gibt man dem Unternehmertum durch Steuergutscheine und Subventionen! Dazu gab sich die Regierung am 5. September noch die Ermächtigung, mit der ganzen Sozialversicherung nach Belieben zu verfahren.

Wir haben von Anfang an diese Notverordnungen bekämpft. Wir haben schon im vorigen Reichstag die Aufhebung der Verordnung vom 14. Juni beantragt, aber der Reichstag wurde vorher aufgelöst. Darauf haben wir einen Volksentscheid beantragt, der erreichen sollte, was in dem arbeitsunfähigen Reichstag nicht erreicht werden konnte. Niemand ausser uns hat den Kampf aufzunehmen versucht. (Gegenrufe der Kom.) Die Kommunisten haben ausserordentlich scharf gegen unseren Volksentscheid polemisiert. Sie haben kein Vertrauen zum Volke, Sie haben viel mehr Vertrauen zu diesem Reichstag, wo sie die Aufhebung der Notverordnungen beantragen. (Rufe der Kom.: Streik!) Äussern Sie sich doch näher, wie Sie einen Streik der Arbeitsinvaliden und Kriegsbeschädigten machen wollen die schon sehnsüchtig darauf warten, dass sie am 1. des Monats ihre Unterstützungen holen können. (Dauernde Unterbrechungen der Kom., von denen einer zur Ordnung gerufen wird. - Zuruf: Was hat die Hermann Müller-Regierung getan?) Die Hermann Müller-Regierung hat trotz der schwersten wirtschaftlichen Schwierigkeiten die Renten der Arbeitsinvaliden erhöht. Was nach dieser Re-

gierung gekommen ist, dafür sind Sie verantwortlich. (Sehr gut! bei den Soz.)

Dabei sind die Notverordnungen in einer Weise zusammengestoppelt, wie kaum jemals eine Gesetzgebungsarbeit. So ist es dahin gekommen, dass beim Zusammenfall bereits gekürzter Renten die Summe noch einmal gekürzt wird und dadurch eine Gesamtkürzung über 50 % sogar über die Grenze der Verordnung hinaus eintritt. (Hört! hört! bei den Soz.) In den Gemeinden mussten selbst die besten Verwaltungen auf Gebot der Regierung die schlimmsten Kürzungen vorgenommen werden, weil sonst überhaupt kein Geld mehr von der Regierung gekommen wäre, um überhaupt Unterstützungen auszahlen zu können.

Der Redner trägt mehrere Beispiele des fürchterlichen Notstandes der Gemeinden vor und fährt fort: Gerade auch in den Ländern, wo die Nazis regieren, steht es am schlechtesten mit der sozialen Fürsorge. In Dessau hat der Nazi-Minister Treiberg verjuxt, was unsere Genossen an Reserven angehäuft hatten, in der Stadt Coburg beschwerten sich die Arbeitsinvaliden über die vollkommene Verständnislosigkeit der Verwaltung. Das ist ja auch kein Wunder. Wenn man die Augen nach oben auf die Burg gerichtet hält, sieht man natürlich nicht, wie es unten aussieht. (Sehr gut! bei den Soz. - Zurufe rechts! In Berlin wird noch mehr gehungert!) Ja, weil hier eine Regierung sitzt, für die Sie verantwortlich sind. (Sehr gut! links)

Der Redner schildert unter dauerndem Geschrei der Nazis die Rentenquetscherei in Braunschweig. Ein Kommunist sekundiert den Nazis durch eine Pauschalbeschuldigung gegen sozialdemokratische Landräte, obgleich es diese ja kaum mehr gibt. Karsten fährt fort: Erst unter der Regierung Klagges sind Ernährungssätze von 45 bis 16 Pfennig täglicheingeführt worden!

Die von uns geschaffene Arbeitslosenversicherung ist durch die Papen-Regierung zu Wasser geworden. Bereits nach 6 Wochen tritt die Bedürftigkeitsprüfung ein. Die Arbeitslosen hungern und darben, die Reichsanstalt aber macht allmonatlich Ueberschüsse von 60 bis 80 Millionen Mark. (Hört! hört! links) Für all' das ist die Regierung Papen verantwortlich, die nur unwesentlich veränderte Regierung Schleicher wird Klarheit geben müssen, ob sie den Arbeitslosen helfen will, wie wir es fordern und beantragen.

Als der Redner Brot und eine warme Stube für die Arbeitslosen fordert, ruft ein Nazi: "Die haben Sie ja ihnen genommen!" Der Redner lehnt es ab, auf solche "dummen Redensarten" einzugehen und wird für diesen Ausdruck vom Vizepräsidenten Löbe zur Ordnung gerufen. (Heiterkeit) Der Redner appelliert an die anderen Parteien, den sozialdemokratischen Anträgen zuzustimmen und schliesst: Der sozialen Gesetzgebung und den Hilfsbedürftigen kann am besten geholfen werden, je mehr sich im Volk die Erkenntnis verbreitet, dass die kapitalistische Misswirtschaft beseitigt werden muss. Wer das will, muss dafür sorgen, dass die Sozialdemokratie an die Herrschaft gelangt. (Lebh. Beif. d. Soz.)

Abg. Börger (NS) zählt sozialpolitische Forderungen her, die von jeher das Gegenwartsprogramm der Sozialdemokratie gebildet haben. - Abg. Pieck (Kom) redet gegen die Sozialdemokratie, der es mit ihrer Opposition gar nicht ernst, gegen Leipart, der in seinem "Excelsior"-Interview für Schleicher eingetreten sei, und schliesslich gegen die Hitlerpartei, die Meisterin des Kuhhandels - Abg. Dr. Schmidt (Dn) behauptet, das Massenelend komme von der Erfüllungspolitik und Hugenberg sei der Retter. (Heiterkeit) - Abg. Schwarzer (Bayr. Vp.) Wenn die neue Regierung ein besseres Verhältnis zum Volk haben will, als ihre Vorgängerin, dann kann sie nichts Besseres tun, als die verheerenden und aufreizenden Bestimmungen zubeseitigen.

Die Besprechung wird abgebrochen. Die Amnestieanträge werden dem Rechtsausschuss überwiesen. Die Mitteilung, dass Hugenberg die Wahl zum Schriftführer abgelehnt hat, wird mit grosser Heiterkeit aufgenommen. - Freitag 11 Uhr: Rest von Mittwoch, Amnestie. - Schluss 19½ Uhr.